

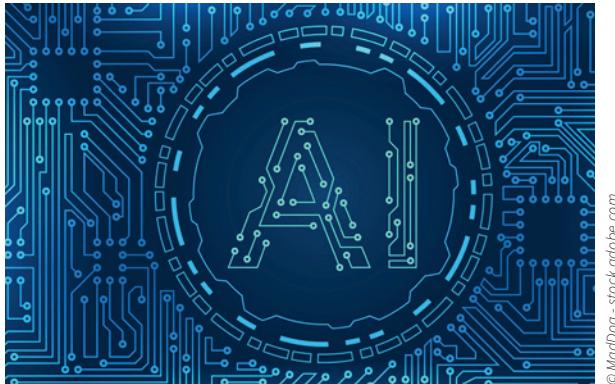


KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Artificial
intelligence

L'intelligence
artificielle

Inhalt



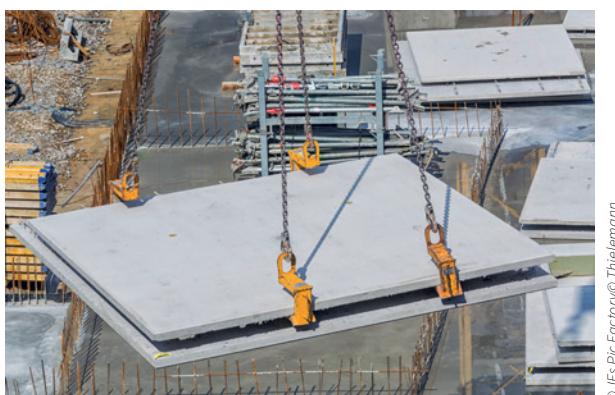
Titel

- 04** Künstliche Intelligenz durchdringt Arbeits- und Lebenswelten
- 07** KAN-Position zum EU-Verordnungsvorschlag über Künstliche Intelligenz
- 08** Künstliche Intelligenz im Kontext funktionaler Sicherheit



Themen

- 10** Die neue EU-Normungsstrategie – Wegweiser für die Zukunft der Normung in Europa
- 12** Neue Rechtsetzung zur Marktüberwachung und zum Produktsicherheitsrecht
- 14** Europäischer Gewerkschaftsbund – die Stimme der Arbeitnehmer in der Normung



16 Kurz notiert

- Produksicherheit im Vorschlag der EU-Bauproduktenverordnung
- Neuer Vertrag für HAS-Consultants
- Neue stellvertretende Geschäftsführerin der KAN
- Publikationen

44 Termine

Immer auf dem neuesten Stand:



www_kan_de



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN_Arbeitsschutz_Normung



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



Benjamin Pfalz
Vorsitzender der KAN
IG Metall

KI wird erst durch Arbeitsschutz und Normung zur Erfolgsgeschichte

Aufgeregte Zeiten liegen hinter uns, wenn wir uns die jüngere Debatte um so genannte künstliche Intelligenz (KI) vor Augen führen. Zwischenzeitlich ist der Hype eher Nüchternheit gewichen, die die Arbeitsschutzmehrheit mit all ihrer Expertise zu nutzen weiß. Den ungezählten nationalen sowie europäischen Papieren folgte der EU-Gesetzgebungsprozess, der im April 2021 durch den Legislativvorschlag der Kommission für eine Verordnung zur Künstlichen Intelligenz an Fahrt aufnahm. Die KAN beobachtet diesen aufmerksam, debattiert auf der Schnittmenge von Arbeitsschutz und Normung und bringt sich aktiv ein.

In der Diskussion werden trotz der verschiedenen Interessenlagen und Prioritätensetzungen der Beteiligten auch Gemeinsamkeiten deutlich, die gerade seitens der Sozialpartner, aber auch des Verbraucherschutzes reklamiert werden: Erst eine partizipativ organisierte und Kohärenz gewährleistende Regulierung schafft die angestrebte Akzeptanz, das Vertrauen und die Rechtssicherheit beim Einsatz und im Umgang mit KI. Normung spielt dabei eine wichtige Rolle und wird den kommenden Rechtsakt, der daher umso solidere Leitplanken aufstellen muss, erst mit Leben füllen.

Dabei ist der Arbeitsschutz erst recht gefragt! Neue Formen der Mensch-Maschine-Interaktion, Fragen der sicherheitstechnischen Bewertung und Beurteilung der zunehmend dynamisch agierenden Arbeitsmittel, psychische Belastungen und Fragen der Fairness: Die menschengerechte Gestaltung von Arbeit wurde lange nicht mehr so lebhaft diskutiert, wie derzeit. Das ist im Angesicht der vielen betroffenen Werktätigen – ganz gleich ob am Band oder am Schreibtisch – mehr als angemessen. «

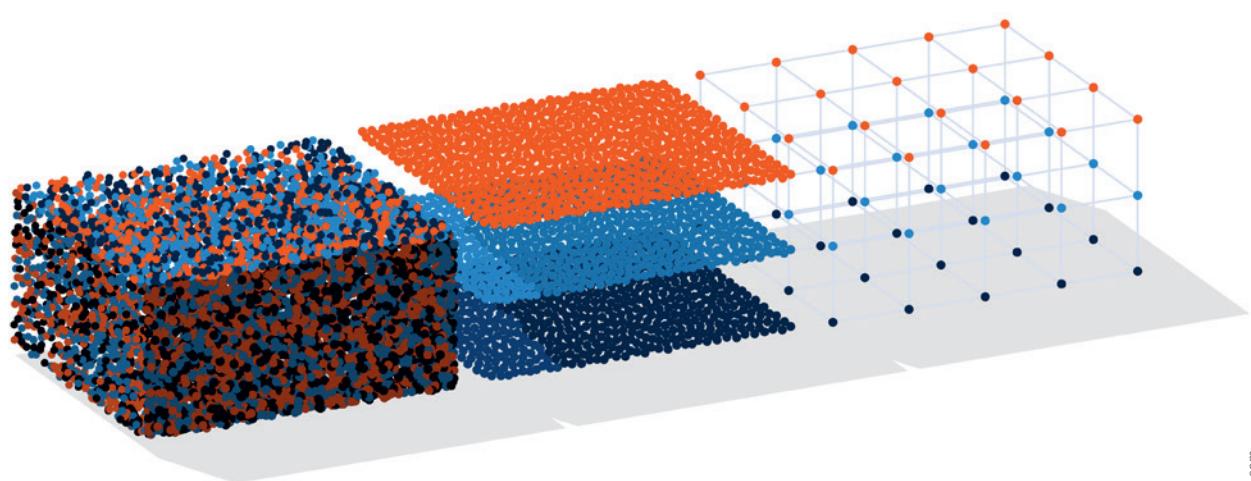
Künstliche Intelligenz durchdringt Arbeits- und Lebenswelten

Die Bundesregierung will KI „zum Wohle aller“ nutzen. Auch auf den Arbeitsschutz wirkt sich die Technik aus.

Künstliche Intelligenz (KI) gilt als Schlüsseltechnologie des Digitalzeitalters. Auf eine allgemeingültige Definition von KI konnte sich die Fachwelt bisher jedoch nicht einigen. Einige betrachten sie als ein Teilgebiet der Informatik, das sich mit der automatisierten Analyse großer Datenmengen (Big Data), dem Maschinellen Lernen und darauf aufbauend mit dem „intelligenten“ Verhalten von Maschinen wie Robotern befasst. Andere rechnen auch nicht-datengetriebene und weniger komplexe Systeme der KI zu. So oder so sind die Erwartungen groß: KI-Systeme wie etwa selbstfahrende Autos sollen über wahrnehmende Sensoren verfügen, sich mit ihrer Umgebung austauschen und dem Menschen Entscheidungen abnehmen.

Nach Ansicht vieler Fachleute sind den Einsatzmöglichkeiten von KI kaum Grenzen gesetzt. Daher ist seit einigen Jahren ein Hype um die Technik entstanden, die schon seit Jahrzehnten entwickelt und bereits die ein oder andere Durststrecke („KI-Winter“) mit stark nachlassender Forschungsförderung durchlebt hat. Achim Berg, Präsident des IT-Verbands Bitkom, bezeichnet sie trotzdem als „neue Stunde null“ für die Industrie und die Gesellschaft. Er fordert: „Es muss uns gelingen, die vielfältigen Chancen der KI für alle Lebensbereiche nutzbar zu machen – von der Medizin über die Mobilität bis zur Bildung“. Mit der praktischen Anwendung der Algorithmen-getriebenen Technik ist es nämlich noch nicht so weit her.

Regierungen haben sie trotzdem als maßgeblichen Faktor entdeckt. Es ist ein Wettlauf um die globale Führungsposition entbrannt. Spätestens seit der Publikation der KI-Strategie der US-Regierung 2016 suchen auch andere Länder nach Wegen, um Forschung und Entwicklung nebst der Kommerzialisierung der Technologie zu fördern sowie zu den „KI-Weltmächten“ USA und China aufzuschließen.



BIG DATA

Die Bundesregierung veröffentlichte im Juli 2018 ein Eckpunktepapier für eine KI-Strategie¹. Darin stellte sie fest: „Künstliche Intelligenz hat in den letzten Jahren eine neue Reifephase erreicht und entwickelt sich zum Treiber der Digitalisierung und Autonomer Systeme in allen Lebensbereichen.“

Ende 2018 verabschiedete das Bundeskabinett seine nationale Strategie für Künstliche Intelligenz und hat diese 2020 noch einmal umfänglich aktualisiert². Die Strategie beschreibt verschiedene Wege, um KI „Made in Germany“ an die Weltspitze zu bringen und als global anerkanntes Gütesiegel zu etablieren. „Es geht um individuelle Freiheitsrechte, Autonomie, Persönlichkeitsrechte, die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen. Um Hoffnungen, Ängste, Potenziale und Erwartungen. Es geht aber auch um neue Märkte für deutsche Unternehmen, den weltweiten Wettbewerb [...] und um die Zukunft Deutschlands als Industriestandort.“

Die Regierung hat sich so vorgenommen, eine „verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Entwicklung und Nutzung von KI“ zu ermöglichen. Drei Milliarden Euro sollen dafür bis einschließlich 2025 zur Verfügung stehen. Mit dem Plan sollen schnell und nachhaltig in Anwendungen investiert und zusätzlich private Geldflüsse ausgelöst werden: „Ob in der Medizin- oder Umwelttechnik, der Produktion, den Dienstleistungsbranchen, am Arbeitsplatz oder als App im Smartphone: KI hat das Potenzial, das Leben aller Menschen innovativer, intelligenter, individueller zu machen.“

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel, den mit der Technologie einhergehenden Innovationsschub „zum Wohle aller umfassend zu nutzen“. Eine zunehmende Mensch-Maschine/Computer-Interaktion mache es nötig, höchste Sicherheitsstandards einzuhalten: Hard- und Softwarehersteller müssten diese direkt in ihre Produkte einbauen. Erklärbarkeit und Transparenz von KI seien der Schlüssel für Vertrauen in die Technik.

KI werde künftig in immer mehr Bereichen unserer Lebenswelten eine relevante Rolle spielen, konstatiert 2020 eine vom Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission³. In ihrem Abschlussbericht heißt es: „So erkennen KI-Systeme Sprachanweisungen, filtern Spammails heraus, erkennen Bilder, sortieren Suchergebnisse, korrigieren Schreibfehler und schlagen Produkte vor. Sie übersetzen Texte und spielen Go oder Schach, letzteres schon lange besser als ein Mensch.“ Die Technik steuere Staubsaugerroboter, Fahrassistenzsysteme und ganze Fertigungsanlagen. Sie helfe Medizinern zunehmend bei der Diagnose und bei der Auswahl der individuell besten Therapie.

KI in der Arbeitswelt

Ein eigenes Kapitel des Berichts ist der Arbeitswelt gewidmet. KI eröffne Chancen für Beschäftigte: Gefährliche, körperlich schwere und immer wiederkehrende Arbeiten könnten reduziert werden und KI-Systeme Menschen bei der Lösung komplexer Aufgaben unterstützen. Es bestehe aber „ein schmaler Grat zwischen der Unterstützung menschlicher Tätigkeiten und Formen der Einschränkung der Entscheidungsautonomie“.

Zur medial viel diskutierten Frage, ob der Einsatz von KI-Systemen Arbeitsplätze gefährdet, hält sich die Enquete-Kommission bedeckt. Belastbare Forschungsergebnisse gebe es dazu nur wenige. Bisherige Automatisierungswellen hätten aufgrund von kompensierenden Wachstumsimpulsen „nicht zu großen Nettoverlusten bei der Beschäftigung geführt“. Nun betreffe der Einsatz von KI aber auch Bereiche kognitiv anspruchsvoller Arbeit, „die sich in der Vergangenheit als relativ automatisierungsresistent erwiesen haben“. Damit könnte KI zur Lösung des Fachkräfteproblems beitragen. Denkbar ist, dass die Beschäftigung aufgewertet wird und diejenigen Felder automatisiert werden, die ohnehin nur noch schwierig oder

*Stefan Krempf
(freier Journalist)*

unter problematischen Arbeitsbedingungen durch menschliche Arbeit abzudecken sind. Möglicherweise entsteht aber auch ein Missverhältnis auf dem Arbeitsmarkt, wenn bestimmte Arbeitsplätze wegfallen, aber für die im KI-Bereich neu entstehenden Tätigkeiten nicht genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Auch der Schutz der Persönlichkeitsrechte, die Organisation von Mitbestimmung, Transparenz und Vertrauenskulturen werden vom Einsatz lernender Maschinen berührt, ist dem Bericht zu entnehmen. Anwender auf Seiten der Arbeitgeber wie der Beschäftigten sowie Verbände und Gewerkschaften sollten daher gemäß dem Prinzip „Gute Arbeit by Design“ bereits bei der Definition der Ziele und Konfiguration von KI-Systemen „ebenso wirksam mitgestalten können wie bei der Evaluation, dem Betrieb und der Fortentwicklung der sozio-technischen Einsatzbedingungen“. Das Gremium fordert einen einfachen Zugang zu Weiterbildungs- und Beratungsangeboten, um die eigene KI-Kompetenz ausbauen zu können. Letztlich müssten etwa in Personalfragen, die zunehmend durch KI-gestützte Systeme (teil-)automatisiert werden, Menschen entscheiden.

Die EU-Kommission hat 2021 einen Entwurf für eine Verordnung für Künstliche Intelligenz vorgelegt, in den die verschiedenen nationalen KI-Strategien der Mitgliedstaaten eingeflossen sind. Sie sieht für vier Risikostufen verschiedene Verhaltensregeln, Mindeststandards und Verbote vor und soll so die Sicherheit der Nutzer gewährleisten und das Vertrauen in die Entwicklung und die Verbreitung von KI stärken. Auf dieser Grundlage soll Europa „zum globalen Zentrum für vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz“ werden.

¹ www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/E/eckpunktepapier-ki.pdf?__blob=publicationFile&v=10

² www.ki-strategie-deutschland.de

³ <https://dserver.bundestag.de/btd/19/237/1923700.pdf>

Die geplante EU-Verordnung zu künstlicher Intelligenz stellt die Weichen für die sichere Nutzung von KI-Systemen. Der Normung kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Wie sich die KAN zum Verordnungsentwurf positioniert hat und aus Arbeitssicht einbringt, lesen Sie im Artikel auf Seite 7 und unter www.kan.de/arbeitssgebiete/kuenstliche-intelligenz.

KAN Kommission Arbeitsschutz und Normung

Position zum Vorschlag für eine Verordnung (EU) über künstliche Intelligenz

Stand 2022-03-01

Zu den Rechtsgrundlagen

2 Hochrisiko-KI-Systeme (Titel III):

2.1 Zur Klassifizierung von Hochrisiko-KI-Systemen (Kapitel 1, Art. 6 (1))

2.2 Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme

2.2.1 Zur Diskriminierung durch Datensammlung (Art. 10 (5))

2.2.2 Zu Transparenz und Bereitstellung von Informationen für die Nutzer (Art. 13)

2.2.3 Zur Menschlichen Aufsicht (Art. 14)

2.2.4 Genauigkeit, Robustheit und Cybersicherheit (Art. 15)

3

KAN-Position zum EU-Verordnungsvorschlag über Künstliche Intelligenz

Ein neuer Rechtsrahmen soll den Binnenmarkt zum Vorbild vertrauenswürdiger und innovativer Künstlicher Intelligenz (KI) machen und die Position der EU im internationalen Wettbewerb stärken. Aus Sicht des Arbeitsschutzes hat die KAN ein Positionspapier zum Verordnungsvorschlag formuliert.

Am 21. April 2021 hat die Europäische Kommission den Vorschlag für eine Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz¹ veröffentlicht. Dadurch sollen wirtschaftliche Potenziale genutzt und eine auf den Menschen ausgerichtete KI sichergestellt werden. Ziel der Verordnung ist es auch, Rechtssicherheit darüber herzustellen, welche Methoden und Konzepte als künstliche Intelligenz gelten. Handelshemmnisse aufgrund unterschiedlicher nationaler Vorschriften sollen vermieden, Spielraum und Wettbewerb für Innovationen unter Wahrung europäischer Grundrechte geschaffen werden.

KI und hochautomatisierte Anwendungen gehören zu den zentralen Entwicklungen unserer Zeit und betreffen zunehmend auch den sicherheitstechnischen Bereich. Neben allen Chancen und Möglichkeiten bringt KI allerdings auch Risiken mit sich. Ihre Auswirkungen auf die Arbeitsprozesse führen zu sicherheitstechnischen, ergonomischen, psychischen sowie sozialpolitischen Herausforderungen. Nicht nur veränderte Kompetenzanforderungen und Arbeitsabläufe, die Entstehung neuer Berufsfelder, ethische Fragen sowie Datenschutz- und Diskriminierungsproblemstellungen verdeutlichen, warum KI ein immer bedeutsameres Thema für den Arbeitsschutz ist. Auch die Gefährdungsbeurteilung stellt eine besondere Herausforderung dar: Bei komplexen Hochrisiko-KI-Systemen wird es kaum möglich sein, dass Personen, denen die menschliche Aufsicht übertragen wird, die Fähigkeiten und Grenzen der Systeme vollständig verstehen.

Der Kommissionsvorschlag schreibt der Normung (auf Grundlage des New Legislative Framework²) bei der Anwendung der Verordnung eine Schlüsselrolle zu. Auch die erste, inzwischen in Überarbeitung befindli-

che von DIN erarbeitete Deutsche Normungsroadmap Künstliche Intelligenz³ hebt hervor, dass Anforderungen an KI-Systeme wie Transparenz, Robustheit und Zuverlässigkeit durch harmonisierte europäische Normen technisch konkretisiert, das Vertrauen in KI gestärkt sowie Innovationen gefördert werden sollen.

Im Interesse der KAN ist es, dass die Verordnung geeignete und kohärente rechtliche Vorgaben und dementsprechende Normungsmandate her vorbringt. Normen sollten als spezifizierendes Instrument genutzt werden, um Risiken zu erkennen und zu reduzieren. Als Stimme des deutschen Arbeitsschutzes veröffentlichte die KAN am 01. März 2022 ihre Position⁴ zum Vorschlag für eine Verordnung (EU) über künstliche Intelligenz. Diese KAN-Position ist das Ergebnis zweier Sondierungsgespräche zwischen Bund, Ländern, Sozialpartnern und Unfallversicherungsträgern.

Aus Sicht der KAN sind besonders folgende Punkte zu klären:

- die Rechtsgrundlage der Verordnung: Der Vorschlag enthält Verpflichtungen, die sich unmittelbar an die anwendenden Personen, Unternehmen oder Einrichtungen richten. Insbesondere in Art. 29 des Vorschlags werden z. B. Überwachungs- und Informationspflichten hinsichtlich des Gebrauchs von Hochrisiko-Systemen formuliert. Zu klären ist, inwieweit die Rechtsgrundlage der Verordnung für solche Verpflichtungen, die auch den Betrieb mit einbeziehen, ausreichend ist und welche Konsequenzen für die Nutzenden damit verbunden sind.
- die Überprüfung anderer Binnenmarktvorschriften auf ihre Schnittstellen zur KI: Müssen Vorschriften wie die Niederspannungsrichtlinie hinsichtlich der Anwendung von KI

ergänzt werden, um so ein einheitliches Vorschriftenwerk zu gewährleisten?

- die Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme: Das Positionspapier enthält Detailvorschläge zu Anforderungen an Hochrisiko-Systeme, etwa zur menschlichen Aufsicht: Für komplexe Systeme wird es kaum möglich sein, dass Aufsichtspersonen deren Funktionsweisen vollständig verstehen können. Vielmehr sollten diese sich die Fähigkeiten und Grenzen dieser Hochrisiko-Systeme bewusst machen.

Derzeit verhandeln die zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments über den Verordnungsentwurf. Besonders diskutiert werden die der Verordnung zugrundeliegende Definition von KI sowie Fragen der geeigneten Rechtssystematik, um dem komplexen Regelungsgegenstand gerecht zu werden. Die Abstimmung im Plenum wird gegen Ende des Jahres erwartet. Gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren haben auch im Rat die Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten begonnen. Insbesondere im Hinblick auf die thematischen Verflechtungen ethischer, rechtlicher, sozialpolitischer, technologischer und wirtschaftlicher Aspekte bleibt abzuwarten, wann die Abstimmungen zur KI-Verordnung finalisiert werden können.

Katharina Schulte
schulte@kan.de

¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52021PC0206>

² https://ec.europa.eu/growth/single-market/goods/new-legislative-framework_en

³ www.din.de/de/forschung-und-innovation/themen/kuenstliche-intelligenz/fahrplanfestlegen

⁴ www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/de/Deu/2022-03_KAN-Position_zum_Vorschlag_zur_KI-Verordnung.pdf

Künstliche Intelligenz im Kontext funktionaler Sicherheit

Bei ISO/IEC wird aktuell ein Technischer Report erarbeitet, der erstmals Grundlagen für die Entwicklung und Kontrolle von KI-basierten sicherheitsrelevanten Funktionen aufstellt.

Auf der künstlichen Intelligenz (KI) liegt aktuell ein besonderer Fokus, da sie als eine der Schlüsseltechnologien der Zukunft angesehen wird und schon heute als Grundlage für viele technische Innovationen genutzt wird.

Die Bedeutung dieser Technologie hat auch die Europäische Kommission erkannt und im April 2021 einen ersten Entwurf für eine neue Verordnung zum Einsatz künstlicher Intelligenz¹ vorgelegt. Sobald diese Verordnung in Kraft tritt, wird ein großer Bedarf bestehen, die darin gestellten Anforderungen in internationalen Normen und Standards zu konkretisieren.

Die künstliche Intelligenz wird bisher im Bereich der funktionalen Sicherheit noch nicht oder vollkommen unzureichend adressiert. So lassen sich beispielsweise in der Basisnorm der funktionalen Sicherheit IEC 61508² keine verwertbaren Informationen zum Umgang mit künstlicher Intelligenz im Kontext der funktionalen Sicherheit finden. Auch bei der aktuellen Überarbeitung dieser Norm ist eine inhaltliche Berücksichtigung bisher nicht vorgesehen.

Der TR 5469 als Brücke zwischen künstlicher Intelligenz und Sicherheit

Einen Ansatz, diese Lücke zu schließen, entwickelt derzeit die Arbeitsgruppe ISO/IEC JTC 1 SC 42 WG3 in Zusammenarbeit mit Fachleuten der Arbeitsgruppe IEC SC65A zur IEC 61508. Sie erarbeiten gemeinsam den Technischen Report ISO/IEC TR 5469 „Artificial intelligence – Functional safety and AI systems“. Es ist bereits jetzt geplant, diesen als Basis für weitere normative Dokumente wie technische Spezifikationen zu verwenden. Dem Report kommt daher eine hohe Bedeutung zu. Mit dem Erscheinen wird aktuell Mitte 2022 gerechnet.



Ziel des Technischen Reports ist es, das Bewusstsein für die Eigenschaften, Sicherheitsrisikofaktoren, verfügbaren Methoden und potenziellen Einschränkungen von künstlicher Intelligenz zu fördern. Die Entwickler von sicherheitsrelevanten Systemen sollen so in die Lage versetzt werden, künstliche Intelligenz als Teil von Sicherheitsfunktionen angemessen einzusetzen. Weiterhin soll das Dokument Informationen über die Herausforderungen und Lösungskonzepte im Zusammenhang mit der Sicherheit von Systemen bereitstellen, in denen künstliche Intelligenz zum Einsatz kommt.

Hierzu liefert der TR 5469 in Abschnitt 5 zunächst einen Überblick über die Beziehungen zwischen funktionaler Sicherheit und den Technologien der künstlichen Intelligenz. In Abschnitt 6 wird anschließend versucht, einen qualitativen Überblick über verschiedene Niveaus des Sicherheitsrisikos von KI-Systemen zu geben. Als Beurteilungsgrundlage für diese Niveaus dient eine Kombination aus sogenannten KI-Technologieklassen und verschiedenen Nutzungsebenen.

Nutzungsebenen unterscheiden sich dabei durch ihren möglichen Einfluss auf die Sicherheitsfunktion. So werden beispielsweise Systeme, in denen künstliche Intelligenz innerhalb einer Sicherheitsfunktion eingesetzt wird, als sehr kritisch angesehen. Wird künstliche Intelligenz hingegen während der Entwicklungsphase einer Sicherheitsfunktion eingesetzt, wird das als weniger kritisch gesehen. Dabei bleibt jedoch das vom Gesamtsystem und seiner Anwendung ausgehende tatsächliche Risiko vollkommen unbeachtet.

Die Einteilung des zweiten Bewertungskriteriums, die **KI-Technologieklasse**, basiert zudem lediglich auf einer Übereinstimmung mit bestehenden oder künftigen Normen für funktionale Sicherheit. Dieses Kriterium wird kontrovers diskutiert, da dieser Technische Report gerade die Problematik adressiert, dass aktuelle Normen zur funktionalen Sicherheit die künstliche Intelligenz noch nicht betrachten. Die Einteilung in verschiedene KI-Technologieklassen wird nicht auf Basis der Eigenheiten der spezifischen Technologie vorgenommen, sondern diese spielen ganz im Gegenteil dabei keine Rolle.

Hier könnte Abschnitt 8 ein wirksameres Werkzeug zur Beurteilung verschiedener KI-Technologieklassen und deren resultierender Risiken bieten. Er beschäftigt sich nicht nur mit dem Thema der sicheren und vertrauenswürdigen Verwendung von KI-Systemen, sondern geht auch auf die spezifischen Eigenschaften von modernen KI-Systemen ein und stellt die Risiken und Herausforderungen vor, die sich aus ihnen ergeben. So ist es beispielsweise schwierig, ein auf Deep-Learning basierendes System vollständig zu evaluieren, da dieses durch seine hohe Komplexität nicht vollständig beschrieben werden kann. Die Abschnitte 9, 10 und 11 beschäftigen sich mit möglichen Lösungen für diese Herausforderungen und Risiken durch geeignete Verifizierungs- und Validierungsmaßnahmen, Prozesse und Methoden, aber auch Kontroll- und Risikominderungsmaßnahmen. Ein Verfahren für den Einsatz von KI-Technologie in sicherheitsrelevanten Systemen, bei denen die bestehenden Normen für funktionale Sicherheit nicht angewendet werden können, wird zudem in Abschnitt 7 dargestellt.

Insgesamt bietet der ISO/IEC TR 5469 bereits viele Informationen zum Einsatz von künstlicher Intelligenz im Kontext der funktionalen Sicherheit im Anwendungsbeispiel der IEC 61508. Besonders die vorgestellten KI-spezifischen Risiken und Methoden zur Risikominderung sind ein wertvoller Beitrag zur Diskussion auf diesem Gebiet. Andere Konzepte sind jedoch noch kritisch zu diskutieren. Für Anwendungen im Automobilbereich ist ein eigener sektorspezifischer Report in Erarbeitung.

¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52021PC0206>

² Normenreihe IEC 61508: Funktionale Sicherheit sicherheitsbezogener elektrischer/elektronischer/programmierbarer elektronischer Systeme

*Dr. André Steimers
andre.steimers@dguv.de*

*Thomas Bömer
thomas.boemer@dguv.de*

*Institut für Arbeitsschutz
der DGUV (IFA)*

Die neue EU-Normungsstrategie – Wegweiser für die Zukunft der Normung in Europa

Am 2. Februar 2022 wurde die mit Spannung erwartete EU-Normungsstrategie veröffentlicht.

In der Erarbeitungsphase der EU-Normungsstrategie hat die Europäische-Kommission die interessierten Kreise aufgerufen, ihre Wünsche für die Zukunft der Normung zu äußern. Auch die KAN hat sich an diesem Prozess beteiligt und einen ausführlichen Beitrag eingereicht. Im Rahmen der EU-Normungsstrategie wurden vier Dokumente veröffentlicht, deren Hauptteil die Politische Mitteilung der EU-Kommission¹ darstellt.

Einrichtung neuer Institutionen

Die sichtbarste Maßnahme der EU-Normungsstrategie ist die geplante Schaffung zweier neuer Institutionen. Im *hochrangigen Forum* kommen Mitgliedsstaaten, die europäischen und nationalen Normungsorganisationen, Industrie, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammen. Es soll dabei unterstützen, die Prioritäten für das jährliche Arbeitsprogramm für die europäische Normung festzulegen und in Normungsfragen Empfehlungen an die Europäische Kommission geben. Zugleich soll es die europäischen Normungsinteressen koordinieren und gegenüber Dritten vertreten.

Das *EU-Exzellenzzentrum für Normen* soll Fachwissen bündeln und nutzbar machen. Kernaufgaben werden die Antizipierung des Normungsbedarfes, die Unterstützung der Normungsarbeit in vorrangigen Bereichen und die Beobachtung der internationalen Normungsaktivitäten sein. Außerdem wird ein *Leitender Normungsbeauftragter* ernannt, welcher das Zentrum steuern und die Normungstätigkeiten mit den politischen Zielen und strategischen Interessen der EU abstimmen soll. Bei der Position handelt es sich um ein politisches Amt, vergleichbar mit einem Staatssekretär.

Die Zukunft des europäischen Normungssystems

Eines der durch die KAN eingebrachten Anliegen ist eine beschleunigte Veröffentlichung der Titel harmonisierter Normen im Amtsblatt der EU – ein wesentlicher Schritt, damit Normen die sogenannte Vermutungswirkung auslösen. Hersteller können bei Anwendung dieser harmonisierten Normen davon ausgehen, dass sie die entsprechenden Anforderungen der zugrundeliegenden europäischen Richtlinie oder Verordnung erfüllen. Diese Listung im Amtsblatt nimmt derzeit deutlich zu viel Zeit in Anspruch. Die verzögerte Veröffentlichung als harmonisierte Norm führt zu Rechtsunsicherheit. Die EU-Kommission stellt fest, dass der Trend bereits positiv ist, strebt aber an, die Zeitspanne zwischen Verabschiedung und Veröffentlichung weiter zu verkürzen.

Die Normungsstrategie sieht zudem vor, dass die europäischen Normungsorganisationen (ENOs) harmonisierte Normen nach der Annahme des Normungsauftrags schneller erarbeiten und der Kommission vorlegen. Lösungen und Ziele zur schnelleren Entwicklung und Annahme von Normen sollen in Zusammenarbeit mit den ENOs, also CEN, CENELEC und ETSI, erarbeitet werden. Jedoch fehlt es in der Strategie an konkreteren Maßnahmen.

Darüber hinaus wird eine Modernisierung der internen Strukturen und Prozesse der ENOs angestrebt. Dies zielt insbesondere auf spezifische Regelungen bei ETSI ab, die zu einer nicht-proportionalen und intransparenten Vertretung samt Stimmrechten von multinationalen Unternehmen führen. Der Änderungsvorschlag zur Normungsverordnung² sieht nun u.a. vor, dass ausschließlich den Delegierten der nationalen Normungsorganisationen die grundsätzlichen Entscheidungsbefugnisse zukommen. Zudem sollen die ENOs Vorschläge machen, wie kleine und mittlere Unternehmen, Zivilgesellschaft und Nutzer besser einbezogen werden können.

Dienstleistungen

Die Normung von Dienstleistungen breitet sich international stark aus, weshalb diese im Beitrag der KAN explizit angesprochen wurde. Dienstleistungen sind im Gegensatz zu Produkten viel mehr an den regionalen, kulturellen und sozioökonomischen Kontext gebunden. Es besteht Konfliktpotential mit nationalen Rege-



lungsbefugnissen, beispielsweise im Bereich des betrieblichen Arbeitsschutzes oder der Gestaltung von Arbeitsbedingungen und -organisation. Im Falle von harmonisierten Dienstleistungsnormen sollte der Fokus deshalb auf der Qualität der Dienstleistung liegen. Anforderungen an den Arbeitsschutz oder die Bedingungen und Organisation der Arbeit sind strikt zu vermeiden.

Strukturelle Aspekte der Dienstleistungsnorm werden in der Normungsstrategie jedoch nicht behandelt. Im Blick hat man vielmehr das generelle Vorantreiben der Dienstleistungsnorm, die derzeit nur 2 % der europäischen Normen ausmacht. Besonders im fortgeschritten verarbeitenden Gewerbe sollen vermehrt Dienstleistungsnormen erarbeitet werden, beispielsweise für ein Lieferkettenmanagement oder für die vorausschauende Wartung in vernetzter Fertigung. Auch das Baugewerbe soll von mehr Dienstleistungsnormen profitieren. Hier hat man Architektur und Ingenieurwesen sowie energieeffizientes Bauen im Blick.

Die Internationalisierung der europäischen Normung

Dass Normen zunehmend direkt bei ISO erarbeitet werden, hat erheblichen Einfluss auf die europäische Normung. Aus Sicht der KAN ist es wichtig, dass ein hohes Sicherheitsniveau erhalten bleibt. Normung sollte deshalb unbedingt konsensbasiert bleiben und demokratischen Prinzipien folgen. Das schließt eine ausreichende Beteiligung aller am Arbeitsschutz interessierten Kreise ein.

Die EU-Normungsstrategie erkennt diese Herausforderungen ebenfalls. Staaten wie China sind zurzeit deutlich energhischer im internationalen Normungsgeschehen aktiv. Die EU muss dort mit gewichtiger Stimme auftreten, sonst sind Grundwerte wie demokratische Prozesse und Pluralismus in der Normung gefährdet und die Ziele einer digitalen und grünen Wirtschaft könnten verfehlt werden. Ziel ist es, einen strategischen Ansatz der EU und der Mitgliedstaaten zu etablieren, um auch die Position der EU als Vorreiterin bei Schlüsseltechnologien zu sichern.

*Freeric Meier
meier@kan.de*

¹ <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/48598>

² Vorschlag zur Änderung der Normungsverordnung (EU) 1025/2012
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=COM:2022:32:FIN>

Neue Rechtsetzung zur Marktüberwachung und zum Produktsicherheitsrecht

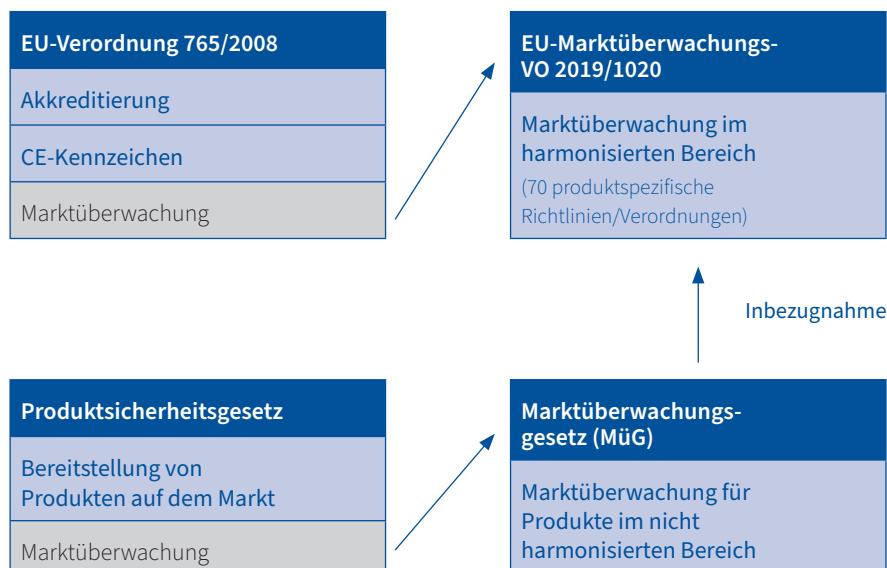
Mit dem 16. Juli 2021 sind neue Rechtsvorschriften in Kraft getreten, die einen einheitlichen Rechtsrahmen zur Marktüberwachung für eine Vielzahl von Produkten schaffen.

Die Verordnung (EU) 2019/1020 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten¹ schafft ein einheitliches Regelwerk für die in ihrem Anhang I aufgeführten siebzig europäisch harmonisierten Produktsektoren. Der Anwendungsbereich ist weit gespannt und erstreckt sich über Aufzüge, Maschinen, Kraftfahrzeuge, Bauprodukte bis hin zu Explosivstoffen und Spielzeug. Die bisherige für die Marktüberwachung maßgebliche Verordnung (EG) Nr. 765/2008 enthält künftig nur noch die Grundsätze zur Akkreditierung und zum CE-Zeichen. Die Bestimmungen zur Marktüberwachung wurden in die neue Verordnung (EU) 2019/1020 überführt und an die Erfordernisse des Marktes angepasst.

Explizite Regeln für den Online-Handel

Die EU-Marktüberwachungsverordnung 2019/1020 enthält erstmals maßgebliche Bestimmungen für die Marktüberwachung im Online-Handel; damit wird dem in diesem Wirtschaftsbereich stetig steigenden Umsatz Rechnung getragen. Zukünftig sind sowohl online als auch offline auf dem Markt bereitgestellte Produkte gleichermaßen in der behördlichen Marktüberwachung zu berücksichtigen. Dies bedeutet für die Marktüberwachungsbehörden der Länder eine neue Herausforderung und bedingt eine kontinuierliche Fortentwicklung der behördlichen Überwachungsstrategien und Methoden sowie eine stärkere Vernetzung untereinander. Ein erster Schritt ist mit der Einrichtung einer gemeinsamen Recherchezentrale der Länder für die Überwachung des Onlinehandels und eines ländereinheitlichen Vorgehens der Marktüberwachungsbehörden bereits gemacht worden.

Neu ist neben verbesserten Instrumenten für die Marktüberwachung, z.B. dem verdeckten Ankauf von Produkten, dass Fulfilment-Dienstleister, also z.B. Logistikunternehmen, die mindestens zwei der Dienstleistungen Lagerhaltung, Verpackung, Adressierung oder Versand von Produkten übernehmen, künftig zu den Wirtschaftsakteuren zählen. Außerdem ist eine gesetzliche Verpflichtung verankert, nach der für bestimmte Produktgruppen, z. B. elektrische Betriebsmittel, Maschinen, Aufzüge, PSA oder Druckgeräte, zumindest ein Bevollmächtigter im europäischen Binnenmarkt als Wirtschaftsakteur benannt werden muss, wenn es keinen in der EU niedergelassenen Hersteller, Einführer oder Fulfilment-Dienstleister gibt. Die Kontaktinfor-



mationen des Bevollmächtigten sind ab dem Zeitpunkt des Inverkehrbringens, mithin dem Bereitstellen des Produkts auf der Website des Verkäufers, mitzuteilen. Damit dürfen die Probleme sowohl bei der Nachverfolgung als auch bei der Umsetzung von adäquaten Maßnahmen durch die Marktüberwachungsbehörden bei online angebotenen Produkten, auf denen lediglich der Hersteller bzw. Versender aus einem Drittstaat angegeben ist, der Vergangenheit angehören.

Auch werden den Marktüberwachungsbehörden bei Websites oder Apps (Onlineschnittstellen) stärkere Rechte zur Entfernung von Inhalten und Beschränkung des Zugangs eingeräumt, wenn ein ernstes Risiko nicht anderweitig beseitigt werden kann.

Nationale Vorschriften klarer strukturiert

Bisher war in Deutschland das Produktsicherheitsgesetz alleinige Grundlage für die Marktüberwachung und die sich daraus ergebenden verwaltungsrechtlichen Maßnahmen, um die sicherheitstechnischen Anforderungen an die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt durchzusetzen. Nunmehr ist für Produkte, für die es harmonisierende europäische Rechtsvorschriften gibt, die Verordnung (EU) 2019/1020 die maßgebliche Rechtsvorschrift in Bezug auf die Produktsicherheit. Für nicht harmonisierte Produkte gilt das Gesetz zur Marktüberwachung und zur Sicherstellung der Konformität von Produkten (Marktüberwachungsgesetz – MüG)² vom 09.07.2021.

Auf nationaler Ebene ist die Marktüberwachung damit erstmals durch ein eigenständiges Gesetz geregelt, das zudem eine Dachfunktion wahrnimmt. Es tritt in den Fällen zurück, in denen speziellere Marktüberwachungsvorschriften in den jeweiligen sektoralen Rechtsvorschriften zur Produktsicherheit bestehen. Das Marktüberwachungsgesetz legt außerdem bundesweite Regelungen zur Durchführung der Marktüberwachung fest, von der Übertragung von Befugnissen an die Behörden bis hin zu Sanktionen und Kostenerstattungen.

Das deutsche Marktüberwachungsgesetz nimmt die Befugnisse und Maßnahmen der EU-Marktüberwachungsverordnung in Bezug. Diese gelten unmittelbar nur für den harmonisierten Bereich. Durch die Inbezugnahme werden sie auch für Produkte, die lediglich der Richtlinie 2001/95/EG über die allgemeine Produktsicherheit unterfallen (sogenannter nicht harmonisierter Bereich), ins deutsche Recht übertragen. Unter den nicht harmonisierten Bereich fallen z.B. Handwerkzeuge, Arbeitsmöbel und alle gebrauchten Produkte. Zudem enthält das Gesetz spezielle Zuständigkeitsregelungen für die Marktüberwachung des Onlinehandels abweichend vom in Deutschland praktizierten „Sitzlandprinzip“, nach dem immer die Behörde zuständig war, in deren Aufsichtsbereich der Hersteller oder Importeur des beanstandeten Produktes ansässig ist. Dies bedingt, dass sich die Marktüberwachungsbehörden künftig noch stärker vernetzen, um sich dem stetig verändernden Marktgeschehen kontinuierlich anzupassen.

Das Produktsicherheitsgesetz regelt als zentrale Rechtsvorschrift weiterhin die Voraussetzungen, unter denen im Rahmen einer Geschäftstätigkeit Produkte auf dem Markt bereitgestellt, ausgestellt oder erstmals verwendet werden. Es bleibt die Grundlage für die Umsetzung produktbezogener EG-Binnenmarktrichtlinien sowie der allgemeinen Produktsicherheitsrichtlinie 2001/95/EG. Um konkurrierende Regelungen zu vermeiden, sind die Vorschriften zur Marktüberwachung ins Marktüberwachungsgesetz überführt worden. Im Produktsicherheitsgesetz sind nur noch die Regelungen zur Stichprobe sowie u.a. zur Umsetzung der zusätzlichen Anforderungen an die Bereitstellung von Verbraucherprodukten auf dem Markt enthalten. Durch die Überführung des bisherigen Abschnitts 9 „Überwachungsbedürftige Anlagen“ in ein eigenständiges Gesetz ist das Produktsicherheitsgesetz nunmehr wieder zu einer „reinen“ Rechtsvorschrift zur Bereitstellung von Produkten geworden.

¹ <http://data.europa.eu/eli/reg/2019/1020/oj>

² https://www.gesetze-im-internet.de/m_g_2021

Helmut Heming

**Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Frauen, Familie und
Gesundheit**

**Referat Arbeitsschutz,
technischer Verbraucherschutz**

**[helmut.heming@
ms.niedersachsen.de](mailto:helmut.heming@ms.niedersachsen.de)**

Europäischer Gewerkschaftsbund – die Stimme der Arbeitnehmer in der Normung

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) mit Sitz in Brüssel vertritt als Dachverband rund 90 nationale Gewerkschaftsbünde aus 39 Ländern und 10 europäische Gewerkschaftsverbände mit insgesamt mehr als 45 Millionen Mitgliedern. EGB-Bundessekretärin Isabelle Schömann spricht im Interview über die besondere Rolle, die dem EGB in der Normung zukommt.



Der EGB ist eine offiziell anerkannte Organisation nach Anhang III der EU-Verordnung zur europäischen Normung. Wie bringen Sie sich konkret in die Normung ein?

Auf Grundlage der Normungsverordnung (1025/2012) ist der Europäische Gewerkschaftsbund in vielen politischen und technischen Gremien und Ausschüssen der europäischen Normungsorganisationen CEN, CENELEC und ETSI direkt vertreten. Damit ist der EGB nicht mehr auf Informationen aus zweiter Hand von den nationalen Normungsorganisationen angewiesen, die Mitglied von CEN und CENELEC sind. Aufgrund der Informationen aus erster Hand kann der EGB neue Normungsprojekte, die sich unmittelbar auf die Beschäftigten auswirken, rechtzeitig erkennen. Durch die direkte Beteiligung an der Normungsarbeit können wir außerdem an neuen Normungsvorschlägen mitwirken, wie z. B. an der europäischen Norm für Friseurhandschuhe.

Darüber hinaus beteiligt sich der EGB an mehreren Arbeitsgruppen der Europäischen Kommission, wie dem „Ausschuss für Normen“ oder der „Multi-Stakeholder-Plattform für Informations- und Kommunikationstechnologie“. Außerdem bringen wir uns zum Inhalt der Normungsaufträge der Europäischen Kommission an die europäischen Normungsorganisationen ein. Hier findet zur Abstimmung innerhalb der Europäischen Kommission immer auch eine formale Konsultation der gesellschaftlichen Interessenträger statt.

Der EGB vertritt Gewerkschaften in einer Vielzahl verschiedener Sektoren. Welche Normungsthemen waren in den vergangenen Monaten besonders wichtig?

Der EGB konzentriert sich auf Normungsthemen, die die Beschäftigten unmittelbar betreffen – zwar sowohl auf europäischer Ebene bei CEN als auch auf internationaler Ebene bei ISO. Die Bandbreite der Themen ist in der Tat sehr groß. Wir beschäftigen uns mit Normen zur Sicherheit von Leitern, zum öffentlichen Beschaffungswesen, zur Luftqualität in Flugzeugkabinen, zum Personalmanagement, zu sozialer Verantwortung und zu psychosozialen Risiken, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Im Zuge des ökologischen und digitalen Wandels verwendet der EGB viele Ressourcen auf das Thema Künstliche Intelligenz (KI), und hier ganz besonders auf die Normung, da viele harmonisierte KI-Normen die geplante europäische KI-Verordnung konkretisieren werden. Da viele dieser KI-Normen wahrscheinlich von der internationalen ISO-Ebene auf die europäische Ebene übernommen werden, ist der EGB sowohl in den europäischen als auch den internationalen Normungsgremien aktiv.



Es ist jedoch nicht immer einfach, die wirklich relevanten Normungsaktivitäten zu erkennen: Allein aus dem Titel und dem Anwendungsbereich ist nicht immer ersichtlich, ob der eigentliche Inhalt der Norm direkte Auswirkungen auf die Arbeitnehmer hat oder nicht.

Die EU versteht die Normung zunehmend als politisches Instrument, um ihre Interessen in der Welt geltend zu machen. Wo liegen die Herausforderungen für Ihre Arbeit auf internationaler Ebene?

Die Normung ist ein Ökosystem aus nationalen, europäischen und internationalen Normungsgremien, die zusammenarbeiten. Dabei kommt den nationalen Normungsgremien eine entscheidende Rolle zu, da sie das Stimmrecht bei CEN und CENELEC haben. Die Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 über die Normung gilt jedoch nicht für die internationale Ebene. Gleichzeitig führt der Grundsatz des Vorrangs internationaler Normen vor europäischen Normen dazu, dass de facto viele internationale Normen als europäische Normen übernommen werden.

Der EGB vertritt die Auffassung, dass man internationale Normen in Europa nicht einfach übernehmen darf, sondern darauf achten muss, dass gerade die Rechtsvorschriften der EU vollständig eingehalten werden. Der EGB fordert, sich vom Grundsatz der Vorrangstellung internationaler Normen zu lösen und die Wiener Vereinbarung zu überprüfen. Es muss gewährleistet sein, dass die Rechtmäßigkeit und die Vereinbarkeit internationaler Normen mit dem EU-Recht zuverlässig geprüft wird, bevor sie auf EU- und nationaler Ebene angewendet werden. Wenn international erarbeitete Normen ihren Weg in das europäische System finden sollen, müssen die Anforderungen der EU-Normungsverordnung erfüllt sein. Dazu gehört unter anderem, dass Gewerkschaften und andere relevante Interessengruppen die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen und aktiv mitzuarbeiten.

Was hat der EGB mit seiner Arbeit bisher erreicht, und welche Ziele haben Sie für die Zukunft?

Seit 2015 ist der EGB zweigleisig unterwegs: Zum einen haben wir die Stimme der Arbeitnehmer in der europäischen Normung als unverzichtbare Referenz gut in Position gebracht und die Rolle der Gewerkschaften im System gefestigt. Zum anderen hat der EGB mehr Mittel darauf verwendet, den Gewerkschaften die Normung näher zu bringen: Wir wollen, dass die nationalen Gewerkschaften relevante Normungsthemen besser verstehen und sich damit auseinandersetzen. Außerdem möchten wir den fachlichen Input zu verschiedenen Normen koordinieren, den Gewerkschaften Schulungen anbieten und sie für die Bedeutung der Normung sensibilisieren.

Dank dieser Aktivitäten haben die EGB-Mitgliedsgewerkschaften nun ein klareres Bild von der Welt der Normung und verstehen, welchen positiven Einfluss Normen beispielsweise auf den Arbeitsschutz haben können. Gleichzeitig mahnt der EGB regelmäßig zur Wachsamkeit, damit die Normungsaktivitäten nicht in die besonderen Rechte und Regelungsbereiche der Gewerkschaften eingreifen.

Eine große Herausforderung für den EGB und seine Mitglieder ist der Aufbau von Fachwissen innerhalb der Gewerkschaften, denn diese können mit ihren breiten Fähigkeiten und Kenntnissen einen wertvollen Beitrag zur fachlichen Diskussion in den Normenausschüssen leisten. Dies gilt insbesondere für neue Bereiche wie die Informations- und Kommunikationstechnologie.

Vielen Dank für das Interview und alles Gute für die weitere Arbeit des EGB!

Produksicherheit im Vorschlag der EU-Bauproduktenverordnung

Die Europäische Kommission hat am 30. März 2022 einen Vorschlag für eine überarbeitete Bauproduktenverordnung veröffentlicht. Er enthält im Anhang I neben den bisher bereits in ähnlicher Form vorhandenen Grundanforderungen an Bauwerke als wesentliche Neuerung auch einen ausführlichen Katalog von Anforderungen, die sich direkt an die Bauprodukte richten. Dazu zählen Anforderungen an die Funktionsfähigkeit von Produkten, den Umweltschutz, die Kreislaufwirtschaft, Informationspflichten sowie die für den Arbeitsschutz wichtigen Anforderungen an die inhärente Produktsicherheit.

Neu ist auch, dass sich die Anforderungen der Verordnung nicht nur auf das fertige Bauwerk beziehen, in dem die Bauprodukte verbaut werden, sondern auch Arbeitnehmer und Verbraucher im Blick haben, die mit den Bauprodukten umgehen. Basis für die Bewertung der Produktanforderungen ist der gesamte Lebenszyklus der Produkte.

Für die Umsetzung dieser Produktanforderungen in europäischen Normungsaufträgen und harmonisierten Normen gelten besondere Regeln: Die Europäische Kommission muss zunächst delegierte Rechtsakte erstellen, die im Einzelnen festlegen, welche Sicherheitsanforderungen für eine Produktfamilie umzusetzen sind. Die auf dieser Grundlage erstellten Normen sind in der Anwendung freiwillig und lösen nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union die Vermutungswirkung aus. Die Verordnung sieht für die produktbezogenen Anforderungen eine gesonderte Konformitätserklärung vor.

Der Verordnungsvorschlag wird in den nächsten Monaten auf nationaler und europäischer Ebene von den verschiedenen interessierten Kreisen gesichtet. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die breit angelegten Anforderungen an die Produktsicherheit im kommenden Abstimmungsprozess Bestand haben werden. Zu überlegen ist auch, ob der Zwischenschritt über den delegierten Rechtsakt, der zudem auch die Zustimmung des europäischen Parlamentes voraussetzt, den Anforderungen an die Produktsicherheit in ausreichendem Maße gerecht wird.

Neuer Vertrag für HAS-Consultants

Die Aufgabe der Harmonized Standards Consultants (HAS-Consultants) besteht darin, zu bewerten, ob die von CEN, CENELEC und ETSI erarbeiteten Normen den Anforderungen entsprechen, die die EU-Kommission in ihren Normungsaufträgen festgelegt hat. Die Kommission beauftragt seit einigen Jahren ein Unternehmen damit, das Budget für die Arbeit der Consultants zu verwalten und deren Stellen zu besetzen. Der bisherige Vertrag ist Ende März 2022 ausgelaufen.

Der neue Vertrag zwischen der Europäischen Kommission und dem neuen Dienstleister soll Mitte 2022 vergeben

werden. Er umfasst ein 55 % höheres Budget für die Arbeit der Consultants und enthält geänderte Vorgaben für deren Arbeitsabläufe. Diese betreffen u.a. folgende Punkte:

- Gibt der HAS-Consultant vor der Formellen Abstimmung zu einer Norm eine negative Bewertung ab, kann das zuständige Technische Komitee bei CEN, CENELEC oder ETSI kurzfristig darauf reagieren, die Norm anpassen und entweder vor oder nach der Formellen Abstimmung eine erneute Bewertung erbitten.
- Die HAS-Consultants haben künftig drei verschiedene Optionen für die Bewertung: eine Norm erfüllt die Anforderungen des Normungsauftrages (compliant), erfüllt diese nicht (lack of compliance) oder erfüllt sie nur unter bestimmten Voraussetzungen (conditional compliance).
- Die HAS-Consultants dürfen etwas mehr Zeit auf die Kommunikation mit den europäischen Normungsgremien verwenden (mind. 75 % ihrer Arbeitszeit für Normenbewertungen, bis zu 25 % für Kommunikation und Sitzungsteilnahme).

Aufnahme und Präsentationsfolien eines CEN/CENELEC-Webinars zum neuen HAS-Consultant-System: <https://experts.cen.eu/trainings-materials/events/2022/2022-03-08-webinar-update-has-system>

Neue stellvertretende Geschäftsführerin der KAN

Christiane Behr-Meenen hat zum 1. Mai 2022 die stellvertretende Leitung der KAN-Geschäftsstelle übernommen. Die Medizintechnikingenieurin war über viele Jahre Präventionsleiterin der Unfallkasse Freie Hansestadt Bremen, absolvierte berufsbegleitend den Studiengang „Management Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit“ und promoviert aktuell zum Thema Strahlenexposition in der interventionellen Medizin. Vor ihrem Eintritt in die KAN hatte sie die Amtsleitung der Gewerbeaufsicht des Landes Bremen inne.

Publikationen

Praxishandbuch Künstliche Intelligenz in der Arbeitswelt

Das Handbuch bietet umfangreiche Checklisten und Prüffragen zur Gestaltung von Systemen künstlicher Intelligenz in Betrieben und Verwaltungen. Es vermittelt Qualitätsfaktoren, Gestaltungsbeispiele und Rechtsgrundlagen. Technische, ethische und soziale Zusammenhänge werden verständlich gemacht. Das Buch richtet sich an Betriebs- und Personalräte, Fachverantwortliche und interessierte Beschäftigte.
Lothar Schröder/Petra Höfers, Bund-Verlag, 2022, 452 Seiten, ISBN 978-3-7663-7264-2, 48 EUR

Content



Themes

- 24** The new EU Standardization Strategy: pointing the way forward for standardization in Europe
- 26** New legislation governing market surveillance and product safety
- 28** The ETUC – the workers' voice in standardisation

Lead topic

- 19** Artificial intelligence is now permeating all areas of life and work
- 21** KAN position paper on the EU draft regulation on artificial intelligence
- 22** Artificial intelligence in the context of functional safety



29 In brief

Product safety in the draft EU Construction Products Regulation

New contract for HAS consultants

New Deputy Director of KAN

Publications

44 Events

Stay up to date:



www_kan_de



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN_Arbeitsschutz_Normung



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



Benjamin Pfalz
Chairman of KAN
German Metalworkers' Trade Union
(IG Metall)

Crucial to the success of AI: occupational safety and health and standardization

The recent debate on „artificial intelligence“ (AI) has been heated. The hype has now largely given way to sobriety, which the OSH community – with its expertise – is able to exploit. The countless national and European papers on the subject have been followed by the EU's legislative process, which gained momentum in April 2021 with the Commission's proposal for a Regulation on artificial intelligence. KAN is monitoring this process closely, engaging in discussion at the interface between occupational safety and health and standardization and making an active contribution to it.

Despite the different interests and priorities of the stakeholders, the discussion also reveals common concerns, which are being raised in the first instance by the social partners, but also by the consumer protection lobby: namely that the desired acceptance of AI and confidence and legal certainty in its application and use will be attained only if these aspects are regulated coherently and organized with the stakeholders' participation. Standardization has an important function in this respect and will be crucial to adding substance to the forthcoming legislation. It is therefore all the more important for the latter to have a sound framework.

The occupational safety and health community has a crucial role to play here. New forms of human-machine interaction; issues raised by safety assessments of work equipment that, increasingly, is intrinsically dynamic; mental stresses and questions of fairness: not for a long time has the human-centric design of work been the subject of such vigorous discussion. This discussion is more than warranted in light of the numbers of working people affected – whether on production lines or at their desks. «

Artificial intelligence is now permeating all areas of life and work

The German government is seeking to exploit AI „for the benefit of all“. Occupational safety and health is one of the areas impacted by this technology.

Artificial intelligence (AI) is viewed as a key technology of the digital age. As yet however, experts have failed to agree upon a universally valid definition of AI. Some consider it a sub-sector of information technology dealing with automated analysis of large volumes of data (big data), machine learning and, by extension, the „intelligent“ behaviour of machines such as robots. Others also group systems that are less complex or not data-driven under the heading of AI. Whatever the definition, the expectations are high: AI systems such as self-driving cars are expected to have perceptive sensors and communicate with their surroundings, and take decisions for human beings.

Many experts consider the possible applications of AI to be virtually unlimited. As a result, the technology has been hyped in recent years, even though it has been under development for decades and has already experienced lean spells („AI winters“) characterized by sharp declines in research funding. Achim Berg, president of Bitkom, the German IT industry association, nevertheless considers AI to be a turning-point for industry and society as a whole. His view is that „we must harness the wide range of opportunities offered by AI for all areas of life – whether in medicine, mobility or education“, since practical application of the algorithm-driven technology is lagging.

Even so: governments are treating the technology as being of crucial importance, and a race for global leadership has begun. Since publication of the US government’s AI strategy in 2016, if not before, other countries have followed suit in seeking ways not only of promoting research and development, but also of commercializing the technology and catching up with the „AI world powers“, namely the USA and China.

The German government published a paper describing the key points of its AI Strategy¹ in July 2018. In this paper, it noted that „over the past few years, artificial intelligence has matured considerably and is becoming the driver of digitalisation and autonomous systems in all areas of life.“

The German cabinet adopted its national Artificial Intelligence Strategy at the end of 2018 and updated it comprehensively in 2020². The strategy describes various ways by which „AI made in Germany“ can be made world class and established as a globally recognized quality mark. As stated in the strategy, the issue is that of individuals’ freedom, autonomy, rights to control their own data and make their own decisions; and about hopes, fears, opportunities and expectations. At the same time, however, it is about new markets for German companies, global competition, and Germany’s future as an industrial location.

The German government is thus seeking to facilitate „responsible development and use of AI which serves the good of society“. Three billion euros is to be made available for this purpose up until the end of 2025. The plan foresees swift and sustainable investment, both public and private, in applications. Whether in medical and environmental technology, manufacturing, service industries, at the workplace or in the form of smartphone apps, AI has the potential to make everyone’s lives more innovative, smarter and more personalized.

The German government has set itself the goal of making „comprehensive use of the innovations triggered by the technology for the benefit of society at large“. Increasing interaction between human beings and machines/computers requires the highest safety standards to be observed, and hardware and software manufacturers to incorporate these standards directly into their products. The government regards confidence in the technology as being dependent upon AI being explainable and transparent.

The planned EU regulation governing artificial intelligence sets the course for the safe use of AI systems. Standardization has an important role to play here. You can find KAN's position on the draft regulation and its submission from an occupational safety and health perspective in the article on Page 21 and at www.kan.de/en/what-we-do/artificial-intelligence.

In the future, AI will play a significant role in more and more areas of our lives. That is the conclusion drawn in 2020 by a study commission convened by the German parliament³. AI functions stated as examples in the commission's final report include recognizing speech commands, filtering out spam e-mails, recognizing images, sorting search results, correcting spelling errors and suggesting products. AI systems translate texts and play Go or chess, and they have been beating human beings at the latter for some time now. The technology is used to control vacuum cleaner robots, advanced driver assistance systems and entire manufacturing plants. It increasingly helps doctors to diagnose medical conditions and select the best treatment for the individual patient.

AI in the world of work

One chapter of the report is dedicated to the world of work. The report states that AI creates new opportunities for employees: dangerous, strenuous and repetitive work could be reduced and AI systems could support people in solving complex tasks. According to the report, however, a fine line exists between supporting people in their activities and restricting their freedom to make decisions themselves.

The study commission remains guarded on whether, as is widely discussed in the media, the use of AI systems endangers jobs. There is a dearth of reliable research results on this subject. The report concludes that past phases of automation did not result in large net decreases in employment, owing to the compensating effects of growth. New uses of AI however are now also affecting areas of cognitively demanding work that in the past proved relatively resistant to automation. AI could therefore contribute to resolving the shortage of skilled labour. It is conceivable that job quality will be enhanced and that the automated activities are in any case those presenting difficulties for human labour or giving rise to adverse working conditions. It is also possible, however, that a disparity could arise on the labour market if certain jobs are eliminated but skilled workers are not available in sufficient numbers for the new jobs being created in the field of AI.

The report concludes that the use of self-learning machines also has an impact upon the protection of individuals' rights to control their own data, the organization of co-determination, transparency and cultures of trust. Users of AI on both the employers' and employees' sides, and among their associations and trade unions, should therefore – in accordance with the principle of good work by design – be able to contribute effectively to defining the goals and configuration of AI systems, just as they contribute to their evaluation and operation and to further development of the social and technical conditions under which such systems are used. The commission calls for easy access to further training and advice on extending the AI expertise of those concerned. Ultimately, people will have to take decisions, for example regarding personnel, an area that is increasingly being partly or fully automated by AI-based systems.

In 2021, the European Commission presented a draft regulation governing artificial intelligence, incorporating the various national AI strategies of the EU Member States. The document makes provision for rules of conduct, minimum standards and prohibitions for four risk levels, with the intention of ensuring user safety and increasing confidence in the development and diffusion of AI. The Commission's aim here is to turn Europe „into the global hub for trustworthy Artificial Intelligence (AI)“.

¹ www.bmwk.de/Redaktion/EN/Downloads/E/key-points-for-federal-government-strategy-on-artificial-intelligence.pdf

² www.ki-strategie-deutschland.de/files/downloads/Fortschreibung_KI-Strategie_engl.pdf

³ <https://dserver.bundestag.de/btd/19/237/1923700.pdf> (in German)

KAN position paper on the EU draft regulation on artificial intelligence

A new legal framework is intended to make the Single Market a model of trustworthy and innovative artificial intelligence (AI) and enhance the EU's competitiveness internationally. KAN has formulated a position paper on the proposed regulation from the perspective of the occupational safety and health lobby.

On 21 April 2021, the European Commission published a proposal for a regulation laying down harmonized rules on artificial intelligence¹. The regulation's purpose is to leverage economic potential and ensure that AI is geared to human beings. A further aim is to create legal certainty on what methods and concepts are deemed to constitute artificial intelligence. Trade barriers arising from discrepancies between national regulations are to be avoided, and space and competition for innovation are to be created without prejudice to European fundamental rights.

AI and highly automated applications are among the key developments of our time. Increasingly, they also affect the area of safety. Besides all the opportunities and possibilities it offers, however, AI also gives rise to risks. Its impact on work processes presents challenges for safety, ergonomics, the human psyche and social policy. Changes in skills requirements and work processes, the emergence of new vocations and issues of ethics, data protection and discrimination are among the reasons why AI is growing in significance in occupational safety and health circles. Risk assessment also presents a particular challenge: the capabilities and limitations of complex high-risk AI systems will almost certainly lie beyond the comprehension of human beings tasked with supervising them.

The Commission's proposal ascribes a key role to standardization (based on the New Legislative Framework²) in application of the regulation. The first German Standardization Roadmap AI³, now being revised by DIN, also emphasizes that requirements concerning AI systems such as transparency, robustness and reliability must be specified at the technical level by harmonized European stand-

ards, confidence in AI enhanced and innovations promoted.

It is in KAN's interests for the regulation to set out suitable and coherent legal requirements and give rise to corresponding standardization mandates. Standards are to be used as a tool for identifying and reducing risks. As the voice of the German occupational safety and health lobby, KAN published its position paper⁴ on the proposal for an EU regulation on artificial intelligence on 1 March 2022. This paper is the result of two exploratory discussions between the German Federal Government, the regional governments, the social partners and the accident insurance institutions.

KAN is of the opinion that the following points in particular require clarification:

- Legal basis of the regulation: the proposal contains obligations directly addressed at the persons, businesses and establishments applying AI systems. It formulates, for example, monitoring and information obligations regarding the use of high-risk systems, particularly in Article 29. It is to be clarified to what extent the legal basis of the regulation is sufficient for such obligations, which also include the systems' operation, and what consequences this has for the users.
- Review of other Single Market legislation with respect to its interfaces with AI: must legislation such as the Low-voltage Directive be amended to take account of the application of AI, in order to ensure a uniform body of legislation?
- Requirements concerning high-risk AI systems: the position paper proposes detailed requirements concerning high-risk systems, for example with respect to supervision by human beings. The mode of operation of more complex AI systems

will almost certainly lie beyond the comprehension of persons supervising them. These persons should instead be made aware of the capabilities and limitations of these high-risk systems.

The proposed regulation is currently being negotiated in the responsible committees of the European Parliament. Particular topics of discussion are the definition of AI upon which the regulation is based and the question of what legal arrangement is suitable for the complex subject of regulation to be appropriately addressed. The plenary vote is expected towards the end of the year. In line with the ordinary legislative procedure, negotiations between the Member States have also begun in the Council. Owing in particular to the interwoven ethical, legal, socio-political, technological and economic aspects, it remains unclear when conclusion of the negotiations on the AI Regulation will be possible.

*Katharina Schulte
schulte@kan.de*

¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52021PC0206>

² https://ec.europa.eu/growth/single-market/goods/new-legislative-framework_en

³ www.din.de/en/innovation-and-research/artificial-intelligence/ai-roadmap

⁴ www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/Deu/2022-03-01_KAN-Feedback_AI.pdf

Artificial intelligence in the context of functional safety

ISO and IEC are currently working on a technical report that for the first time will lay down principles for development and scrutiny of AI-based functions relevant to safety.

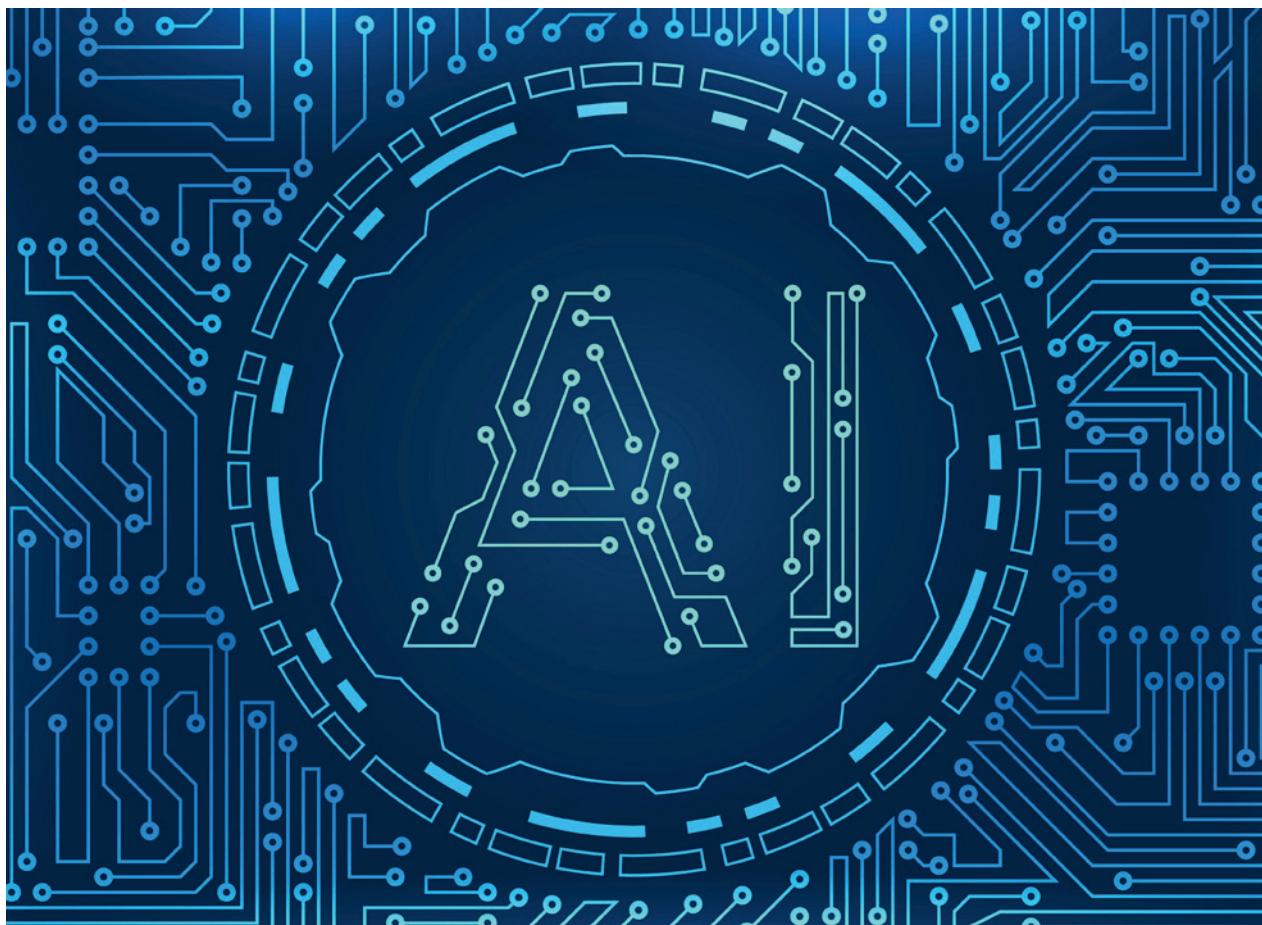
Artificial intelligence (AI) is currently the subject of particular attention, since it is regarded as a key technology of the future and already underpins numerous technical innovations.

The importance of this technology has also been recognized by the European Commission, which presented the first draft of a new regulation on the use of artificial intelligence¹ in April 2021. As soon as this regulation enters into force, a major need will exist for the requirements set out in it to be supported by international standards.

In the area of functional safety, artificial intelligence has not yet been addressed adequately, if at all. For example, the generic functional safety standard IEC 61508² contains no usable information on addressing artificial intelligence in the context of functional safety. Nor is provision made for this aspect to be considered in the content of the standard during its current revision.

TR 5469: a bridge between artificial intelligence and safety

One approach to eliminating this deficit is currently being developed by the ISO/IEC JTC 1 SC 42 WG3 working group in conjunction with experts in the IEC SC65A working group responsible for IEC 61508. These parties are jointly developing the ISO/IEC TR 5469 Technical Report, Artificial intelligence – Functional safety and AI systems. Plans have already been made for the Technical Report to serve as a basis for further normative documents such as technical specifications, as a result of which this document acquires great importance. Publication is currently expected in mid-2022.



©=MadDog- stock.adobe.com

The goal of the Technical Report is to promote awareness for the characteristics, safety risk factors, available methods and potential limitations of artificial intelligence. Developers of systems relevant to safety are thus to be equipped to make appropriate use of artificial intelligence in safety functions. Furthermore, the document aims to provide information on challenges and concepts for solutions in the context of the safety of systems employing artificial intelligence.

To this end, Section 5 of TR 5469 provides an initial overview of the relationships between functional safety and artificial intelligence technologies. Section 6 then attempts to provide a qualitative overview of different safety risk levels of AI systems. Assessment of these levels is based upon a combination of AI technology classes and various usage levels.

Usage levels differ according to their possible influence upon the safety function. For example, systems in which artificial intelligence is used within a safety function are viewed as being highly critical, the use of artificial intelligence in the course of development of a safety function less so. No consideration is given in this context however to the actual risk emanating from the system as a whole and its application.

Moreover, classification of the second criterion for evaluation, the **AI technology class**, is based solely on compliance with existing or future functional safety standards. Opinions on this criterion differ, since the failure as yet of current functional safety standards to address artificial intelligence is itself the topic of this Technical Report. Assignment to different AI technology classes is not based on the particular features of the technology concerned; in fact, these features play no role whatsoever in this instance.

In this context, Section 8 could serve as a more effective tool for assessing different AI technology classes and the risks to which they give rise. It addresses not only the topic of safe and trustworthy use of AI systems, but also the specific characteristics of modern AI systems, and presents the risks and challenges posed by them. For example, it is difficult to fully evaluate a system based on deep learning, since the high complexity of such a system prevents it from being described in full. Possible solutions to these challenges and risks, involving suitable verification and validation measures, processes and methods, and also measures for scrutiny and for risk reduction, are considered in Sections 9, 10 and 11. A method for the use of AI technology in safety-related systems that are not suitable for the application of existing functional safety standards is also presented in Section 7.

Altogether, ISO/IEC TR 5469 already provides a wealth of information on the use of artificial intelligence in the context of functional safety within the scope of IEC 61508. In particular, the risks and risk-mitigation methods specific to AI that are presented by the report make a valuable contribution to discussion in this area. However, other concepts still necessitate critical discussion. A separate sector-specific report for automotive applications is currently in preparation.

¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52021PC0206>

² IEC 61508 series of standards: Functional safety of electrical/electronic/programmable electronic safety-related systems

Dr André Steimers
andre.steimers@dguv.de

Thomas Bömer
thomas.boemer@dguv.de

*Institute for Occupational Safety
and Health of the DGUV (IFA)*

The new EU Standardization Strategy: pointing the way forward for standardization in Europe

The eagerly awaited EU Standardization Strategy was published on 2 February 2022.

During the development phase of the EU Standardization Strategy, the European Commission called on the stakeholders to communicate their wishes for the future of standardization. KAN was among those participating in this process, and made a detailed submission. Four documents have been published as part of the EU Standardization Strategy. The most significant of these is the Communication from the Commission¹ on the subject.

Establishment of new institutions

The measure with the highest profile within the EU Standardization Strategy is the planned creation of two new institutions. The *High-Level Forum* brings together Member States, the European and national standards organizations, industry, civil society and the research community. Its purpose is to assist in setting priorities for the annual work programme for European standardization activity and to make recommendations to the European Commission concerning standardization issues. It is also intended to coordinate European standardization interests and represent them vis-à-vis third parties.

The purpose of the *EU excellence hub on standards* is to pool expertise and enable it to be exploited. The hub's core tasks will be anticipating the need for standardization, supporting standardization work in areas of priority, and monitoring international standardization activities. A *Chief Standardization Officer* is to be appointed who will head the hub and align standardization activities with the EU's policy objectives and strategic interests. The post is a political office comparable to that of a secretary of state.

The future of the European standardization system

One of the concerns raised by KAN is that the titles of harmonized standards should be published more swiftly in the Official Journal of the EU. This step is essential in order for standards to give rise to the presumption of conformity. By applying these harmonized standards, manufacturers can be confident that they have met the relevant requirements of the underlying EU directive or regulation. At present, listing of harmonized standards in the Official Journal takes far too long. The delay in publication of the harmonized standard's status gives rise to legal uncertainty. The European Commission notes that the situation has already improved, but aims to reduce the interval between adoption and publication even further.

The Standardization Strategy also makes provision for the European Standards Organizations (ESOs) to develop harmonized standards and present them to the Commission more quickly following acceptance of the standardization mandate. Solutions and targets for swifter development and adoption of standards are to be drawn up in conjunction with the ESOs, i.e. CEN, CENELEC and ETSI. The strategy lacks more specific measures, however.

A further objective is for the ESOs' governance to be modernized. These measures are aimed in particular at eliminating certain arrangements at ETSI that lead to multinational companies' representation being neither proportional nor transparent, including in terms of voting rights. One provision of the proposed amendment to the Standardization Regulation² is that only the delegates of the national standards organizations should enjoy the basic decision-making powers. In addition, the ESOs should make proposals for how small and medium-sized enterprises, civil society and users can be involved more effectively.

Services

Services are increasingly being standardized at international level, and this was therefore explicitly addressed in KAN's submission. Services are linked much more closely than products to the respective regional, cultural and socio-economic context. Potential exists for conflict with national regulatory powers, for example in



the area of the safety and health of workers at work, the shaping of working conditions or the organization of work. The focus of harmonized service standards should therefore lie on the quality of the service; requirements concerning occupational safety and health, working conditions or the organization of work should be strictly avoided.

The Standardization Strategy does not however address structural aspects of the standardization of services. Rather, the focus lies on advancing standardization in general in the area of services, which currently account for only 2% of European standards. In the advanced manufacturing sector, in particular, service standards are to be developed in greater numbers, for example for supply chain management or predictive maintenance in networked manufacturing. The construction sector is also to benefit from more service standards: in this case, the focus lies on architecture and engineering, and on energy-efficient construction.

Internationalization of European standardization

Standards are increasingly being developed directly at ISO, a trend that is exerting considerable influence on European standardization activity. KAN considers it important that a high level of safety be maintained. It is therefore essential for standardization to continue to be consensus-based and follow democratic principles. This includes ensuring adequate participation by all stakeholders in occupational safety and health.

The EU Standardization Strategy also recognizes these challenges. At present, countries such as China are much more strongly involved in international standardization activity. The EU must be vocal in this arena. Fundamental values such as democratic processes and pluralism in standardization will otherwise be at risk, and the goals of a digital and green economy may not be met. The aim is to establish a strategic approach by the EU and the Member States, one purpose of which is to safeguard the EU's position as a pioneer in key technologies.

*Freeric Meier
meier@kan.de*

¹ <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/48598>

² Proposal for amendments to the Standardisation Regulation (EU) No 1025/2012
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=COM:2022:32:FIN>

New legislation governing market surveillance and product safety

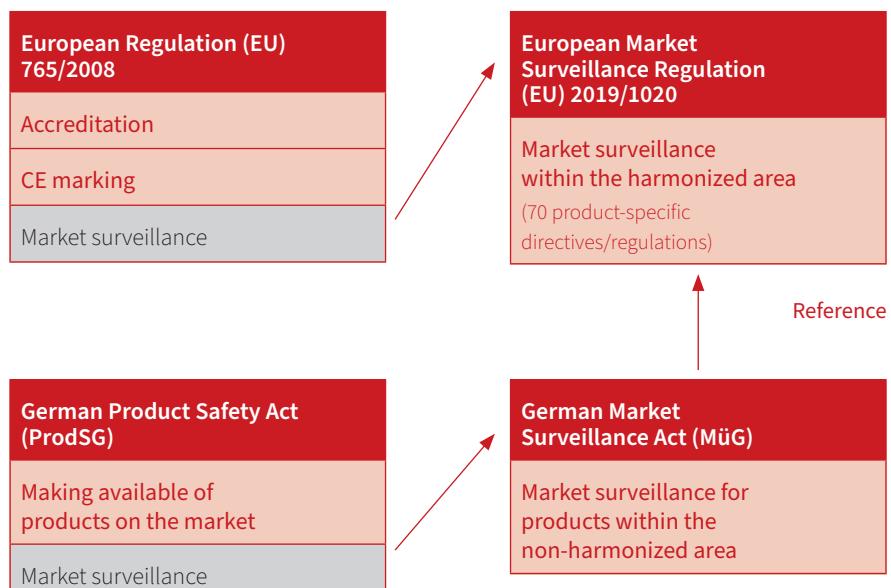
On 16 July 2021, new legislation came into force creating a harmonized legal framework for market surveillance for a large number of products.

Regulation (EU) 2019/1020 on market surveillance and compliance of products¹ establishes a single body of rules for the seventy European harmonized product sectors listed in it in Annex I. The regulation is wide in scope, ranging from lifts, machinery, motor vehicles and construction products to explosives and toys. In future, Regulation (EC) 765/2008, previously the essential regulation governing market surveillance, will contain only the key provisions concerning accreditation and the CE mark. The provisions governing market surveillance have been transferred to the new Regulation (EU) 2019/1020 and adapted to the requirements of the market.

Explicit rules for online trade

For the first time, the Market Surveillance Regulation (EU) 2019/1020 contains key provisions for market surveillance in online trade, thereby addressing the continual growth in sales volume in this sector of the economy. In future, products must be treated in the same way by the market surveillance authorities, whether they are made available on the market online or offline. This presents the market surveillance authorities of the German regional administrations with a new challenge, and requires continual further development of the authorities' surveillance strategies and methods and also closer networking between the authorities. The first step has already been taken with the establishment of a joint facility for use by the regional authorities for surveillance of online trade, and harmonization of the procedure across the regional market surveillance authorities.

Besides making provision for improved instruments for market surveillance, such as covert purchase of products, the new regulation also treats fulfilment service providers, such as logistics companies performing at least two of the services of warehousing, packaging, addressing and dispatching of products, as economic operators. With respect to certain product groups such as electrical equipment, machinery, lifts, PPE and pressure equipment, the regulation also sets out a legal obligation for at least an authorized representative to be appointed in the European Single Market as an economic operator should no manufacturer, importer or fulfilment service provider be established in the EU. The authorized representa-



tive's contact information must be communicated as soon as the product is placed on the market, i.e. when it is made available on the vendor's website. Products offered for sale online for which only the manufacturer or consignor in a third country is stated should therefore no longer present problems for tracking and implementation of adequate measures by market surveillance authorities as was the case in the past. The market surveillance authorities now also have greater authority to remove content from and restrict access to websites or apps (online interfaces) in cases where a serious risk cannot otherwise be eliminated.

Legislative instruments in Germany now structured more clearly

Prior to the new regulation, the German Product Safety Act was the sole statutory instrument in Germany for market surveillance and the measures deriving from it for enforcing safety provisions governing the making available of products on the market. For products for which harmonizing European legislation exists, Regulation (EU) 2019/1020 is now the relevant legislative instrument for product safety, and for non-harmonized products, the German act governing market surveillance and assurance of product conformity (Market Surveillance Act, MüG)² of 9 July 2021.

Consequently, market surveillance is now regulated in Germany at national level for the first time by a dedicated act, one which also has an overarching function. Where more specific market surveillance provisions exist in the relevant sectoral product safety regulations, they take priority over the act. The German Market Surveillance Act sets out regulations applicable throughout the country for the performance of market surveillance, from the delegation of powers to the authorities to sanctions and reimbursement of costs.

The German Market Surveillance Act makes reference to the powers and measures of the EU Market Surveillance Regulation. These apply directly only to the area subject to harmonization. Reference to these provisions also transposes them into German law with respect to products that are subject only to the general Product Safety Directive 2001/95/EC (the non-harmonized area). Examples of products within the non-harmonized area are hand tools, work furniture and used products of any kind. Before now, the general principle in Germany was that responsibility always lay with the authority within whose territory the manufacturer or importer of the offending product was established. The new act contains special provisions governing responsibility for market surveillance of online trade that deviate from this principle. This requires market surveillance authorities to work even more closely together in the future in order to keep up with continual changes in the market.

As the key item of legislation, the Product Safety Act continues to govern the conditions subject to which products are made available on the market, exhibited or used for the first time in the course of commercial activity. The act continues to form the basis for implementation of product-specific Single Market directives and the general Product Safety Directive 2001/95/EC. To avoid conflicts between provisions, those governing market surveillance have been transferred to the Market Surveillance Act. The Product Safety Act now only contains the provisions governing random sampling and, for example, implementation of the additional provisions concerning making consumer products available on the market. Transfer of the previous Section 9 concerning installations subject to mandatory regular inspection into a separate law has resulted in the Product Safety Act once again being a "pure" legal instrument governing the making available of products on the market.

*Helmut Heming
Lower Saxony Ministry for
Social Affairs, Women,
Family and Health
Occupational Safety and Health
Unit, Technical
Consumer Protection
helmut.heming@
ms.niedersachsen.de*

¹ <http://data.europa.eu/eli/reg/2019/1020/oj>

² https://www.gesetze-im-internet.de/m_g_2021 (in German)

The ETUC – the workers' voice in standardisation

The European Trade Union Confederation (ETUC), is the umbrella organisation representing 45 million members of around 90 national trade union confederations in 39 countries and 10 European trade union federations. Confederal Secretary Isabelle Schömann talked to us about the special role that the ETUC plays in standardisation.

The ETUC is an officially recognised organisation under the EU Regulation on European Standardisation. How do you get involved in practice in the standardisation process?

In the framework of the Regulation on European Standardisation (EU) 1025/2012, the ETUC participates directly in numerous political and technical bodies and committees of the European Standardisation Organisations (ESOs), i.e. CEN, CENELEC and ETSI. As such, the ETUC no longer depends on receiving information second-hand from the national standardisation bodies. Receiving information first-hand allows the ETUC to identify in good time any new standardisation projects which may directly affect workers. Direct participation in the standardisation activities also allows us to engage in new standardisation proposals, such as the European standard for hairdressers' gloves.

Beyond this, the ETUC is involved in several working parties organised by the European Commission. These include the "Committee on Standards" and the "Multi-Stakeholder Platform on Information and Communication Technology". We also submit our views on the content of standardisation requests to the ESOs during the formal consultation that the European Commission conducts among the societal stakeholders.

The ETUC represents trade unions in a broad range of sectors. What standardisation topics have been of particular importance in recent months?

The ETUC focuses on standardisation topics which directly affect workers, at both the European level at CEN and the international level at ISO. The range of topics is indeed quite wide. To name a few, we work on standards dealing with the safety of ladders, public procurement, cabin air quality, human resource management, social responsibility and psychosocial risks.

In the framework of the green and digital twin transition, the ETUC is concentrating significant resources on artificial intelligence (AI), in particular in relation to standardisation work, since many harmonised AI standards will, underpin the forthcoming European Regulation on AI. As many of these AI standards are likely to be transposed from the international ISO level to the European level, the ETUC is engaging with both the European and international standardisation bodies.

However, identifying relevant standardisation activities is not always easy: the mere title and scope of a standard do not always indicate whether or not its actual content will directly affect workers.

The EU is increasingly recognising standardisation as a political instrument for asserting its interests in the world. Where do you see challenges for your work at international level?

Standardisation is an eco-system of national, European and international standardisation bodies, working together. The national standards bodies have a crucial role, as they have voting powers in CEN and CENELEC. However, the EU Regulation on Standardisation is not applicable at the international level. At the same time, the primacy principle of international standards over European standards permits de facto transposition of many international standards into European standards.

The ETUC stresses the need to go beyond simply adopting international standards in Europe, especially where EU legislation is to be fully respected. The ETUC has been requesting a change in the principle of primacy of international standards and a review of the Vienna agreement to guarantee robust control of international standards' legality and compatibility with EU law before authorising their application

at EU and national levels. Where standards developed at international level are to be used in the European context, the requirements of the EU Regulation on Standardisation must be fulfilled. This includes the facility for representation and effective participation of trade unions and other relevant stakeholders.

How would you describe the impact of the work of ETUC so far, and what are your goals for the future?

Since 2015, our activities have been twofold: first, we have asserted the voice of workers as an indispensable reference within European standardisation and have assured the role of trade unions. Second, we have dedicated more resources to bringing standardisation closer to the trade unions: we aim to strengthen national trade unions' understanding of and engagement with relevant standardisation issues, coordinate technical input on various standards and provide training courses and awareness for the trade union movement.

Thanks to these activities, ETUC-affiliated trade unions have acquired a better understanding of the standardisation world and the positive impact that standards may have, for example on occupational safety and health. Nevertheless, the ETUC regularly calls for vigilance to prevent standardisation activities from interfering with trade union prerogatives and areas of activity.

One major challenge for the ETUC and its affiliates is that of building trade union expertise, as trade unions can make meaningful contributions to technical committee discussion only when they possess the corresponding competence and knowledge. This is particularly the case in new domains such as information and communications technology.

Thank you very much for the interview, and we wish the ETUC the best of success for its work.

Product safety in the draft EU Construction Products Regulation

On 30 March 2022, the European Commission published a proposal for a revised EU Construction Products Regulation. Besides basic requirements for construction works similar to those present in the current regulation, the draft also contains, in Annex I, a significant change in the form of a detailed catalogue of requirements directly applicable to the construction products. These include requirements concerning the functionality of products, environmental protection, the circular economy, information obligations, and the requirements for inherent product safety that are important for occupational safety and health.

A further change is that requirements of the regulation apply not only to the finished construction work in which the construction products are used, but also cater to employees and consumers who handle the construction products. The product requirements are to be evaluated in consideration of the products' entire life cycle.

Particular rules apply to the transposition of these product requirements in European standardization mandates and harmonized standards. The European Commission must first draw up delegated acts specifying in detail what safety requirements are to be implemented for a product family. Where standards are established on this basis, their application is voluntary and – once the references to the standards have been published in the Official Journal of the European Union – gives rise to a presumption of conformity with the legislation they support. The regulation makes provision for a separate declaration of conformity for the product-specific requirements.

The draft regulation will be reviewed over the coming months by the various stakeholders at national and European level. It remains to be seen how far the extensive product safety requirements will hold up in the negotiation process. A further point to be considered is whether the intermediate step by way of the delegated act, which also requires the approval of the European Parliament, adequately satisfies the requirements for product safety.

New contract for HAS consultants

Harmonized standards consultants (HAS consultants) have the task of assessing whether the standards developed by CEN, CENELEC and ETSI satisfy the requirements laid down by the European Commission in its standardization mandates. For some years, the Commission has tasked a company with managing the budget for the consultants' work and appointing consultants to the roles. The contract governing this arrangement expired at the end of March 2022.

The new contract between the European Commission and the new service provider is expected to be awarded in mid-2022. It includes a 55% increase in the budget for the consultants' work, and changes to the specifications for their procedures. Among the points affected are the following:

- Should the HAS consultant submit a negative evaluation result before the formal voting stage, the responsible Technical Committee at CEN, CENELEC or ETSI can respond swiftly, amend the standard and request re-evaluation either before or after the formal vote.
- In the future, HAS consultants may choose from three different evaluation results: that a standard satisfies the requirements of the standardization mandate (compliant), fails to satisfy them (lack of compliance), or satisfies them only subject to certain conditions (conditional compliance).
- HAS consultants are permitted to spend slightly more time on communication with the European standards bodies (at least 75% of their working time for standards assessments, up to 25% for communication and attending meetings).

Recording and presentation of a CEN/CENELEC webinar on the new HAS consultant system: <https://experts.cen.eu/trainings-materials/events/2022/2022-03-08-webinar-update-has-system>

New Deputy Director of KAN

Christiane Behr-Meenen assumed the post of Deputy Director of KAN on 1 May 2022. A medical engineer by training, Ms Behr-Meenen held the post of Prevention Manager for many years at the German Social Accident Insurance Institution for the public sector in the Free Hanseatic City of Bremen. She completed her degree in occupational safety and health management part-time, and is currently completing her doctorate on the subject of radiation exposure in interventional medicine. Before joining KAN, she headed the office of the Bremen regional authority's labour inspectorate.

Publications

Praxishandbuch Künstliche Intelligenz in der Arbeitswelt (Artificial intelligence in the world of work: a practical manual)

This manual provides comprehensive checklists and test questions for the design of artificial intelligence systems in companies and administrations. It describes quality factors, design examples and the legal background. Technical, ethical and social aspects are explained comprehensively. The book is intended for members of employee representative councils, divisional managers and interested employees.

Lothar Schröder/Petra Höfers, Bund-Verlag, 2022, 452 pages, ISBN 978-3-7663-7264-2, €48

Sommaire



Thèmes

- 37** La nouvelle stratégie de normalisation de l'UE – Un guide pour l'avenir de la normalisation en Europe
- 39** Une nouvelle législation sur la surveillance du marché et la sécurité des produits
- 41** La Confédération européenne des syndicats – la voix des travailleurs dans la normalisation



Dossier

- 32** L'intelligence artificielle s'invite dans le monde du travail et dans notre quotidien
- 34** La position de la KAN sur la proposition de règlement de l'UE sur l'intelligence artificielle
- 35** L'intelligence artificielle dans le contexte de la sécurité fonctionnelle



43 En bref

La sécurité des produits dans la proposition de règlement européen sur les produits de construction

Un nouveau contrat pour les HAS Consultants

Une nouvelle directrice adjointe à la KAN

Publications

44 Agenda

Restez toujours informés :



www_kan_de



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN_Arbeitsschutz_Normung



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung

**Benjamin Pfalz**

Président de la KAN
Syndicat allemand de la métallurgie (IG Metall)

La réussite de l'IA passera obligatoirement par la SST et la normalisation

Quand on pense aux débats menés ces derniers temps sur l'intelligence artificielle (IA), on peut dire que nous avons vécu une période mouvementée. L'engouement a fait place entre-temps à une approche plus sobre, que la communauté des préveteurs sait mettre à profit, avec toute son expertise. À la multitude de documents nationaux et européens a succédé le processus législatif de l'UE, qui s'est accéléré en avril 2021, avec la proposition de règlement concernant l'intelligence artificielle de la Commission. La KAN observe attentivement ce processus, y participe activement et engage des débats aux points de rencontre de la SST et de la normalisation.

Dans les débats, malgré la diversité des intérêts et des priorités chez les participants, on voit néanmoins nettement se dessiner des revendications communes de la part surtout des partenaires sociaux, mais aussi des groupes de défense des consommateurs : seule une réglementation organisée de manière participative et garantissant une cohérence permet d'obtenir l'acceptation, la confiance et la sécurité juridique recherchées dans l'utilisation et la gestion de l'IA. La normalisation a, à cet égard, un rôle important à jouer. C'est elle, en effet, qui donnera vie à l'acte juridique à venir, acte qui devra donc dresser des garde-fous d'autant plus solides.

Le rôle de la SST est ici d'autant plus essentiel ! Face aux formes nouvelles de l'interaction homme-machine, aux questionnements sur l'évaluation de la sécurité d'équipements de travail au fonctionnement de plus en plus dynamique, aux charges psychiques et aux questions d'équité, il y avait longtemps que l'aspect humain de l'organisation du travail n'avait pas donné lieu à des débats aussi animés. C'est d'autant plus justifié quand on pense à la multitude de personnes concernées – qu'elles travaillent sur une chaîne de production ou dans un bureau. «

L'intelligence artificielle s'invite dans le monde du travail et dans notre quotidien

Le gouvernement fédéral allemand veut utiliser l'IA « pour le bien de tous ». Cette technologie a également un impact sur la sécurité et la santé au travail.

L'intelligence artificielle (IA) est considérée comme une technologie clé de l'ère du numérique. Jusqu'à présent, les experts n'ont toutefois pas encore réussi à se mettre d'accord sur une définition universelle de l'IA. Pour certains, il s'agit d'une branche de l'informatique spécialisée dans l'analyse automatisée de grandes quantités de données (les « big data »), dans l'apprentissage automatique et, sur cette base, dans le comportement « intelligent » de machines, notamment de robots. Pour d'autres, l'IA inclut aussi des systèmes non pilotés par des données, et moins complexes. Dans un sens comme dans l'autre, les attentes sont grandes : des systèmes d'IA, comme par exemple les voitures autonomes, sont appelés à être équipés de capteurs perceptifs, être capables de communiquer avec leur environnement et de prendre des décisions à la place de l'individu.

De l'avis de nombreux spécialistes, les possibilités d'utilisation de l'IA sont quasiment illimitées. C'est pourquoi on assiste depuis quelques années à un véritable engouement pour cette tech-

nologie, qui se développe depuis des décennies, et qui a déjà traversé quelques périodes de vaches maigres (l'hiver de l'IA), caractérisée par une forte baisse des financements dédiés à la recherche. Achim Berg, président de Bitkom (l'association professionnelle allemande du numérique), la qualifie néanmoins de « nouvelle heure zéro », tant pour l'industrie que pour la société. Ce qu'il réclame : « Nous devons réussir à rendre les multiples opportunités que nous offre l'IA utilisables pour tous les domaines de la vie – de la médecine à la formation, en passant par la mobilité. » En effet, l'utilisation pratique de cette technologie pilotée par des algorithmes n'est pas encore très avancée.

Les gouvernements l'ont néanmoins découverte comme étant un facteur déterminant. Une course au leadership mondial bat son plein. Au plus tard depuis que le gouvernement américain a publié, en 2016, sa stratégie en matière d'IA, d'autres pays cherchent, eux aussi, des moyens de promouvoir à la fois la recherche et le développement

et la commercialisation de cette technologie, et de rattraper ainsi les « puissances mondiales de l'IA » que sont les États-Unis et la Chine.

En juillet 2018, le gouvernement allemand a publié un document qui fixe les grandes lignes de sa stratégie en matière d'IA¹. Il y constatait : « Durant ces dernières années, l'intelligence artificielle a atteint une nouvelle phase de maturité, et elle devient le moteur de la numérisation et des systèmes autonomes dans tous les domaines de la vie. »

Fin 2018, le cabinet fédéral allemand a adopté sa stratégie nationale en matière d'IA, en l'actualisant encore largement en 2020². Cette stratégie décrit diverses pistes visant à placer l'IA « Made in Germany » au premier rang mondial, et à en faire un label de qualité reconnu dans le monde entier. « Ce dont il s'agit, ce sont les libertés individuelles, l'autonomie, les droits de la personnalité et la liberté de décision de chacun. Ce sont aussi les espoirs, les peurs, les potentiels et les attentes. Mais l'enjeu, ce sont aussi de nouveaux



Blue Planet Studio - stock.adobe.com

marchés pour les entreprises allemandes, la concurrence mondiale [...] et l'avenir de l'Allemagne en tant que pays industriel. »

Le gouvernement s'est ainsi fixé comme objectif de permettre « un développement et une utilisation de l'IA responsables et axés sur l'intérêt général. » Il est prévu de mettre à disposition pour cela trois milliards d'euros jusqu'en 2025 inclus. Le plan doit permettre d'investir rapidement et durablement dans des applications, et de déclencher en outre des flux de capitaux privés : « Que ce soit dans la technologie médicale ou environnementale, dans la production, dans les branches des services, sur le lieu de travail ou sous forme d'application sur le smartphone : l'IA a le potentiel de rendre la vie de chacun plus innovante, plus intelligente, plus individuelle. »

Le gouvernement allemand a pour but « de mettre pleinement à profit, pour le bien de tous » la poussée d'innovation qui va de pair avec cette technologie. L'interaction croissante homme-machine/ordinateur requiert le respect de standards de sécurité extrêmement élevés, que les fabricants de matériel et de logiciels devraient intégrer directement dans leurs produits. L'explicabilité et la transparence de l'IA sont les clés de la confiance que l'on accordera à cette technologie.

L'IA est appelée à jouer demain un rôle important dans un nombre croissant de domaines de notre vie, a constaté en 2020 une commission d'enquête mise en place par le Bundestag³. Dans son rapport final, on peut lire : « Ainsi, les systèmes d'IA reconnaissent les instructions vocales, filtrent les pourriels, reconnaissent les images, trient les résultats de recherche, corrigeant les fautes d'orthographe et proposent des produits. Ils traduisent les textes et jouent au go ou aux échecs, en étant, pour ces derniers, depuis bien longtemps meilleurs qu'un joueur humain. » Il est aussi précisé que la technique pilote des robots-aspirateurs, des systèmes de conduite assistée et des lignes de production entières, et que, de plus en plus souvent, elle aide les médecins à établir un diagnostic et à choisir le meilleur traitement pour chaque cas individuel.

L'IA dans le monde du travail

Un chapitre du rapport est dédié spécialement au monde du travail. Il y est expliqué que l'IA ouvre, certes, des possibilités pour le personnel, en réduisant les tâches dangereuses, physiquement pénibles et répétitives, et en aidant à résoudre les tâches complexes, mais que « la frontière est mince entre une aide aux tâches effectuées par l'homme et des formes de restriction du libre arbitre. »

Sur la question très médiatisée de savoir si l'utilisation de systèmes d'IA est susceptible de mettre les emplois en danger, la commission d'enquête ne prend pas franchement position. Il n'existe à ce sujet que peu de conclusions de recherches fiables. Jusqu'à présent, les vagues d'automatisation « n'ont pas provoqué de grandes pertes nettes d'emplois », car elles étaient compensées par des impulsions de croissance. Mais l'utilisation de l'IA concerne désormais aussi des tâches plus exigeantes sur le plan cognitif, tâches qui, par le passé, résistaient relativement bien à toute automatisation. L'IA pourrait ainsi contribuer à résoudre le problème de la pénurie de main-d'œuvre qualifiée. On pourrait imaginer que les emplois soient revalorisés, et que les tâches qui, de toute façon, ne peuvent être exécutées par le travail humain que difficilement ou dans des conditions problématiques soient automatisées. Mais il est également possible qu'un déséquilibre apparaisse sur le marché du travail si certains emplois disparaissent, alors qu'il n'y a pas encore suffisamment de personnel qualifié pour les nouvelles activités créées dans le domaine de l'IA.

L'utilisation de machines apprenantes a aussi une incidence sur la protection des droits de la personnalité, l'organisation de la cogestion, la transparence et les cultures de la confiance, peut-on également lire dans le rapport. Il serait donc bon que, suivant le principe qu'un travail bien conçu est un bon travail (Good work by design), les utilisateurs – qu'il s'agisse des employeurs ou des employés, ou encore des fédérations et syndicats – puissent participer aussi efficacement à la définition des objectifs et à la configuration des systèmes d'IA qu'à l'évaluation, à l'exploitation et à l'amélioration des conditions sociotechniques de leur utilisation. La commission d'enquête

réclame un accès facile aux offres de formation continue et de conseil, pour permettre à chacun d'améliorer ses compétences en matière d'IA. Car, au final, c'est à des êtres humains qu'il revient de prendre les décisions, notamment pour les questions relatives au personnel, qui sont de plus en plus (en partie) automatisées par des systèmes basés sur l'IA.

La Commission européenne a publié en 2021 un projet de règlement dans lequel ont été intégrées les stratégies nationales des différents États membres en matière d'IA. Elle prévoit, pour quatre niveaux de risques, des règles de comportement, des standards minimum et des interdictions différents, le but étant de garantir la sécurité des utilisateurs et de renforcer la confiance dans le développement et la diffusion de l'IA. Sur cette base, l'Europe doit devenir « le pôle mondial de l'IA digne de confiance ».

*Stefan Krempel
(journaliste free-lance)*

¹ www.bmwk.de/Redaktion/EN/Downloads/E/key-points-for-federal-government-strategy-on-artificial-intelligence.pdf (en anglais)

² www.ki-strategie-deutschland.de/files/downloads/Fortschreibung_KI-Strategie_engl.pdf (en anglais)

³ <https://dserver.bundestag.de/btd/19/237/1923700.pdf> (en allemand)

Le projet de règlement européen ouvre la voie à une utilisation sûre des systèmes d'intelligence artificielle. La normalisation a, dans ce contexte, un rôle important à jouer. Découvrez dans l'article de la page 34 et sous www.kan.de/en/what-we-do/artificial-intelligence comment la KAN se positionne par rapport au projet de règlement et comment elle fait entendre sa voix, du point de vue de la SST.

La position de la KAN sur la proposition de règlement de l'UE sur l'intelligence artificielle

Un nouveau cadre juridique vise à faire du Marché intérieur un modèle pour une intelligence artificielle (IA) innovante et digne de confiance, et à renforcer la position de l'UE face à la concurrence internationale. Se plaçant du point de vue de la sécurité et de la santé au travail, la KAN a élaboré un document de position sur le projet de règlement.

Le 21 avril 2021, la Commission européenne a publié une proposition de règlement établissant des règles harmonisées concernant l'intelligence artificielle¹, le but étant d'exploiter les potentiels économiques et de garantir une IA axée sur l'humain. Ce règlement vise aussi à établir une sécurité juridique sur la question de savoir quels méthodes et concepts doivent être considérés comme appartenant à l'intelligence artificielle. Le but est aussi d'éviter les entraves aux échanges commerciaux dues à des réglementations différentes d'un pays à l'autre, et de créer une marge d'action et une concurrence pour l'innovation, tout en respectant les droits fondamentaux européens.

L'IA et les applications hautement automatisées font partie des avancées majeures de notre époque. Elles concernent aussi de plus en plus le domaine de la sécurité. L'IA offre, certes, de nombreuses opportunités et possibilités, mais elle présente aussi des risques. Son impact sur les processus de travail engendre des défis d'ordre sécuritaire, ergonomique, psychique et sociopolitique. L'IA devient un sujet de plus en plus important pour la SST, ce qui s'explique, entre autres, par l'évolution des exigences de compétence et des opérations à effectuer, par l'apparition de nouveaux champs professionnels, par des questions éthiques et par des thématiques liées à la protection des données et à la discrimination. L'évaluation des risques représente aussi un défi particulier : dans le cas de systèmes complexes d'IA à haut risque, il est peu probable que les personnes chargées de la surveillance humaine comprennent totalement de quoi sont capables les systèmes et quelles sont leurs limites.

La proposition de la Commission attribue à la normalisation (sur la base du Nouveau cadre législatif²) un rôle déterminant dans l'application du règlement. Élaborée par le DIN, la première feuille

de route allemande sur la normalisation de l'intelligence artificielle³, actuellement en cours de révision, souligne également qu'il faut concrétiser technique par des normes européennes harmonisées les exigences applicables aux systèmes d'IA, comme la transparence, la robustesse et la fiabilité, et qu'il faut renforcer la confiance dans l'IA et encourager l'innovation.

Ce que souhaite la KAN, c'est que le règlement débouche sur des obligations légales appropriées et cohérentes et sur les mandats de normalisation correspondants, et que les normes soient utilisées comme instruments de concrétisation pour identifier et réduire les risques. En tant que voix de la SST allemande, elle a publié le 1^{er} mars 2022 sa position⁴ sur la proposition de règlement (UE) relatif à l'intelligence artificielle. Cette position de la KAN est le résultat de deux entretiens de consultation entre la Fédération, les Länder, les partenaires sociaux et les organismes d'assurance Accidents.

Du point de vue de la KAN, il faut en particulier clarifier les points suivants :

- la base juridique du règlement : la proposition contient des obligations qui s'adressent directement aux personnes, entreprises ou institutions qui utilisent des systèmes d'IA. L'Article 29 de la proposition, en particulier, contient par exemple des obligations de surveillance et d'information concernant l'utilisation de systèmes à haut risque. Reste à clarifier dans quelle mesure la base juridique du règlement est suffisante pour de telles obligations, qui impliquent également l'exploitation, et quelles en sont les conséquences pour les utilisateurs.
- l'examen d'autres réglementations du Marché intérieur pour déterminer leurs interfaces avec l'IA : les réglementations telles que la directive Basse tension doivent-elles être complétées

en ce qui concerne l'utilisation de l'IA, afin de garantir ainsi un ensemble uniforme de réglementations ?

- les exigences auxquelles doivent répondre les systèmes d'IA à haut risque : le document de position contient des propositions détaillées sur les exigences applicables aux systèmes à haut risque, à propos notamment de la surveillance humaine. Pour les systèmes particulièrement complexes, il est en effet improbable que les personnes chargées de cette surveillance en comprennent totalement le mode de fonctionnement. Il serait préférable qu'elles sachent de quoi sont capables ces systèmes à haut risque, et quelles en sont les limites.

Les commissions compétentes du Parlement européen examinent actuellement le projet de règlement. Les discussions portent en particulier sur la définition de l'IA sur laquelle reposera ce règlement, ainsi que sur la question de savoir quelle est la systématique juridique appropriée, adaptée à la complexité de l'objet de la réglementation. Le vote en séance plénière devrait avoir lieu à la fin de l'année. Conformément à la procédure législative ordinaire, les discussions entre les États membres ont également commencé au sein du Conseil. Reste à voir quand les concertations sur le règlement sur l'IA pourront être finalisées, en raison notamment de l'imbrication thématique des aspects d'ordre éthique, juridique, sociopolitique, technologique et économique.

*Katharina Schulte
schulte@kan.de*

¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/?uri=CELEX%3A52021PC0206>

² https://ec.europa.eu/growth/single-market/goods/new-legislative-framework_en

³ www.din.de/en/innovation-and-research/artificial-intelligence/ai-roadmap

⁴ www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/Deu/2022-03-01_KAN-Feedback_Ai.pdf

L'intelligence artificielle dans le contexte de la sécurité fonctionnelle

L'ISO/CEI élabore actuellement un Rapport technique qui, pour la première fois, définit les bases pour le développement et le contrôle des fonctions de sécurité basées sur l'IA.

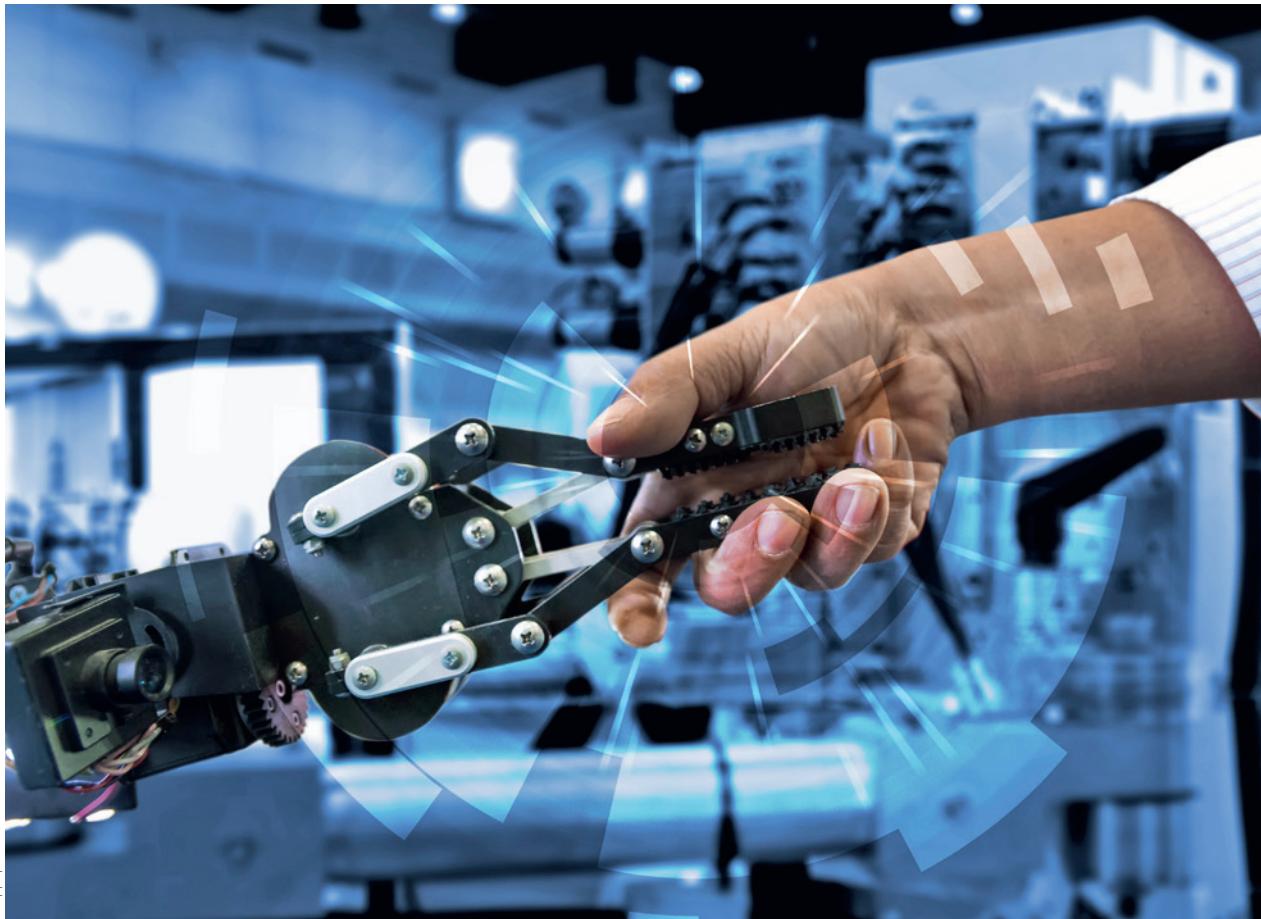
L'intelligence artificielle (IA) fait actuellement l'objet d'une attention particulière : considérée comme l'une des technologies clé de l'avenir, elle est en effet déjà utilisée aujourd'hui comme base de nombreuses innovations techniques.

Reconnaissant, elle aussi, l'importance de cette technologie, la Commission européenne a présenté en avril 2021 un premier projet de nouveau règlement sur l'utilisation de l'intelligence artificielle¹. Dès que ce règlement entrera en vigueur, un fort besoin se fera sentir de concrétiser dans des normes et standards internationaux les exigences qui y seront définies.

La place de l'intelligence artificielle dans le domaine de la sécurité fonctionnelle n'a, jusqu'à présent, pas été encore abordée – ou bien seulement de manière totalement insuffisante. On ne trouve par exemple dans la norme de base de la sécurité fonctionnelle CEI 61508² aucune information exploitable sur l'utilisation de l'IA dans le contexte de la sécurité fonctionnelle, et il n'est à ce jour pas prévu d'intégrer ce sujet dans le contenu de cette norme actuellement en cours de révision.

Le TR 5469, passerelle entre l'IA et la sécurité

Une piste de solution pour pallier cette lacune est actuellement élaborée par le groupe de travail ISO/IEC JTC 1 SC 42 WG3, en collaboration avec des spécialistes du groupe de travail IEC SC65A responsables de la norme CEI 61508. Ils rédigent ensemble le Rapport technique ISO/IEC TR 5469 « Artificial intelligence – Functional safety and AI systems ». Étant donné qu'il est d'ores et déjà prévu de l'utiliser comme base pour



d'autres documents normatifs, notamment les spécifications techniques, ce rapport revêt donc une grande importance. Sa parution est actuellement prévue pour la mi-2022.

Le rapport technique vise à sensibiliser davantage aux caractéristiques, aux facteurs de risques pour la sécurité, aux méthodes disponibles et aux limites potentielles de l'intelligence artificielle. Les concepteurs de systèmes ayant une incidence sur la sécurité doivent être ainsi en mesure d'utiliser de manière adéquate l'intelligence artificielle comme faisant partie intégrante des fonctions de sécurité. Il est également prévu que le document fournit des informations sur les défis et pistes de solution concernant la sécurité des systèmes utilisant l'intelligence artificielle.

Pour cela, le TR 5469 fournit d'abord au chapitre 5 un aperçu des relations qui existent entre sécurité fonctionnelle et les technologies de l'intelligence artificielle. Le chapitre 6 tente ensuite de donner un aperçu qualitatif des différents niveaux de risque pour la sécurité des systèmes d'IA. L'évaluation de ces niveaux repose sur la combinaison de ce qu'on appelle les « classes technologiques d'IA » et des différents niveaux d'utilisation.

Les **niveaux d'utilisation** se distinguent par leur influence potentielle sur la fonction de sécurité. C'est ainsi, par exemple, que les systèmes dans lesquels l'intelligence artificielle est utilisée à l'intérieur d'une fonction de sécurité sont considérés comme très critiques. Si, en revanche, l'intelligence artificielle est utilisée lors de la phase de développement d'une fonction de sécurité, cela est considéré comme moins critique. Le risque réel émanant du système dans son ensemble et de son application n'entre toutefois absolument pas en ligne de compte.

La classification du deuxième critère d'évaluation, à savoir la **classe technologique d'IA**, se base par ailleurs uniquement sur la conformité avec des normes existantes ou futures relatives à la sécurité fonctionnelle. Ce critère est très controversé, ce Rapport technique évoquant précisément la problématique selon laquelle les normes actuelles relatives à la sécurité fonctionnelle ne font pas encore état de l'intelligence artificielle. La répartition en différentes classes technologiques ne s'effectue pas sur la base des spécificités de la technologie en question, celles-ci n'ayant, au contraire, aucun rôle à jouer en l'occurrence.

Le chapitre 8 pourrait ici offrir un instrument plus efficace pour évaluer les différentes classes technologiques d'IA et les risques associés. Ce chapitre traite non seulement de l'utilisation sûre et fiable des systèmes d'IA, mais aborde aussi les spécificités des systèmes d'IA modernes, et présente les risques et les défis qui en découlent. Il est par exemple difficile d'évaluer complètement un système basé sur l'apprentissage profond, système qu'il est impossible de décrire totalement en raison de son extrême complexité.

Les chapitres 9, 10 et 11 examinent les solutions possibles à ces défis et risques, basées sur des mesures adéquates de vérification et de validation, ainsi que des procédures et des méthodes, mais aussi des mesures de contrôle et de diminution des risques. Le chapitre 7 décrit en outre un procédé permettant d'utiliser la technologie de l'IA dans les systèmes ayant une incidence sur la sécurité et pour lesquels les normes existantes relatives à la sécurité fonctionnelle ne sont pas applicables.

Dans l'ensemble, l'ISO/IEC TR 5469 fournit déjà de nombreuses informations sur l'utilisation de l'intelligence artificielle dans le contexte de la sécurité fonctionnelle dans le domaine d'application de la norme CEI 61508. La présentation, en particulier, des risques spécifiques à l'IA et des méthodes propres à réduire ces risques constitue une précieuse contribution au débat dans ce domaine. D'autres concepts doivent toutefois encore faire l'objet d'une discussion critique. Un rapport consacré spécifiquement aux applications dans le secteur automobile est en cours d'élaboration.

¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/?uri=CELEX%3A52021PC0206>

² Série de normes CEI 61508 : Sécurité fonctionnelle des systèmes électriques / électroniques programmables relatifs à la sécurité

La nouvelle stratégie de normalisation de l'UE – Un guide pour l'avenir de la normalisation en Europe

Très attendue, la stratégie de l'UE en matière de normalisation a été publiée le 2 février 2022.

Durant la phase d'élaboration de la stratégie de normalisation de l'UE, la Commission européenne a invité les milieux intéressés à exprimer leurs souhaits pour l'avenir de la normalisation. La KAN a, elle aussi, participé à ce processus et soumis une contribution détaillée. Quatre documents ont été publiés dans le cadre de la stratégie de normalisation de l'UE, la partie principale étant la Communication de la Commission européenne¹.

Création de nouvelles institutions

La mesure la plus visible de la stratégie de normalisation de l'UE est le projet de création de deux nouvelles institutions. Le *Forum de haut niveau* rassemblera des représentants des États membres, des organismes européens et nationaux de normalisation, de l'industrie, de la société civile et du monde universitaire. Sa mission sera de contribuer à définir des priorités pour le programme de travail annuel en matière de normalisation européenne, et à soumettre des recommandations à la Commission européenne sur les questions de normalisation. Parallèlement, ce forum aura à coordonner les intérêts européens en matière de normalisation, et à les représenter auprès de tiers.

Le *Pôle d'excellence de l'UE en matière de normes* aura à coordonner et à exploiter l'expertise existante. Ses missions principales seront d'anticiper les besoins en matière de normalisation, de soutenir les travaux dans les domaines de normalisation prioritaires, et d'assurer le suivi des activités internationales de normalisation. Un *Responsable européen en matière de normalisation* sera nommé. Il sera chargé d'orienter les travaux du Pôle d'excellence et d'aligner les activités de normalisation sur les objectifs politiques et les intérêts stratégiques de l'UE. Il s'agit en l'occurrence d'un poste politique, comparable à celui d'un secrétaire d'État.

L'avenir du système de normalisation européen

L'une des demandes exprimées par la KAN est d'accélérer la publication au Journal officiel de l'UE des références des normes harmonisées – une étape essentielle pour que les normes bénéficient de la « présomption de conformité ». En appliquant ces normes harmonisées, les fabricants peuvent partir du principe qu'ils sont en conformité avec les exigences pertinentes de la directive ou du règlement de l'UE sur lesquels elles se basent. Or, la publication au Journal officiel prend actuellement beaucoup trop de temps, et cette parution tardive des normes harmonisées entraîne une insécurité juridique. Constatant que la tendance est, certes, déjà positive, la Commission européenne s'efforce néanmoins de raccourcir encore le délai entre l'adoption et la publication.

La stratégie de normalisation prévoit en outre que les organismes européens de normalisation (OEN) agissent plus rapidement, après acceptation du mandat de normalisation, pour élaborer les normes harmonisées et les communiquer à la Commission. Celle-ci œuvrera avec les OEN – et donc le CEN, le CENELEC et l'ETSI – à des solutions et des objectifs pour accélérer l'élaboration et l'adoption de normes. La stratégie ne contient toutefois pas de mesures plus concrètes à ce sujet.

La Commission invite en outre les OEN à moderniser leur gouvernance. Ce sont en particulier les règles spécifiques de l'ETSI qui sont visées, car elles conduisent à une représentation non proportionnelle et non transparente d'entreprises multinationales, incluant le droit de vote de celles-ci. La proposition de modification du règlement sur la normalisation² prévoit, entre autres, que les pouvoirs décisionnels fondamentaux reviennent désormais uniquement aux délégués des organismes nationaux de normalisation. Les OEN sont en outre invitées à présenter des propositions sur la manière d'impliquer davantage les petites et moyennes entreprises, la société civile et les utilisateurs.

Les services

La forte progression de la normalisation des services au niveau international a incité la KAN à évoquer explicitement ce sujet dans sa contribution. Contrairement aux produits, les services sont beaucoup plus liés à un contexte régional, culturel et socio-économique. Il existe un conflit potentiel avec les compétences réglementaires nationales, notamment dans le domaine de l'organisation de la prévention en entreprise ou de l'aménagement des conditions et de l'organisation du travail. Dans le cas des normes de services harmonisées, l'accent devra donc être mis sur la qualité du service. Toute exigence relative à la SST ou aux conditions et à l'organisation du travail est strictement à éviter.

Les aspects structurels de la normalisation des services ne sont toutefois pas abordés dans la stratégie de normalisation. L'accent est plutôt mis sur les progrès à faire, d'une manière générale, en termes de normalisation des services, celle-ci ne représentant à l'heure actuelle que 2 % des normes européennes. Dans le secteur de la fabrication avancée, en particulier, il faudrait élaborer davantage de normes de services, par exemple pour un management des chaînes d'approvisionnement ou pour une maintenance prédictive dans la fabrication en réseau. Le secteur de la construction doit, lui aussi, profiter d'une augmentation du nombre de normes de services. On pense ici particulièrement à l'architecture et à l'ingénierie, ainsi qu'à la construction à haute efficacité énergétique.

L'internationalisation de la normalisation européenne

Le fait que les normes soient de plus en plus souvent élaborées directement par l'ISO a un impact considérable sur la normalisation européenne. Du point de vue de la KAN, il est important de maintenir un niveau de sécurité élevé. C'est pourquoi il est indispensable que la normalisation reste basée sur un consensus et suive des principes démocratiques. Or, cela implique une participation suffisante de tous les milieux intéressés par la sécurité et la santé au travail.

La stratégie de normalisation de l'UE est également consciente de ces défis. Certains États, notamment la Chine, ont actuellement une approche beaucoup plus active en matière de normalisation internationale. L'UE doit faire davantage entendre sa voix, faute de quoi des valeurs fondamentales comme les processus démocratiques et le pluralisme dans la normalisation seront menacées, et les objectifs d'une économie numérique et verte pourraient ne pas être atteints. L'objectif est d'établir une approche stratégique de l'UE et des États membres, afin d'assurer aussi la position dominante de l'UE en tant que précurseur dans le domaine des technologies clé.

¹ <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/48598?locale=fr>

² Proposition de modification du Règlement (UE) 1025/2012
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/ALL/?uri=COM:2022:32:FIN>



©serkucher - stock.adobe.com

Une nouvelle législation sur la surveillance du marché et la sécurité des produits

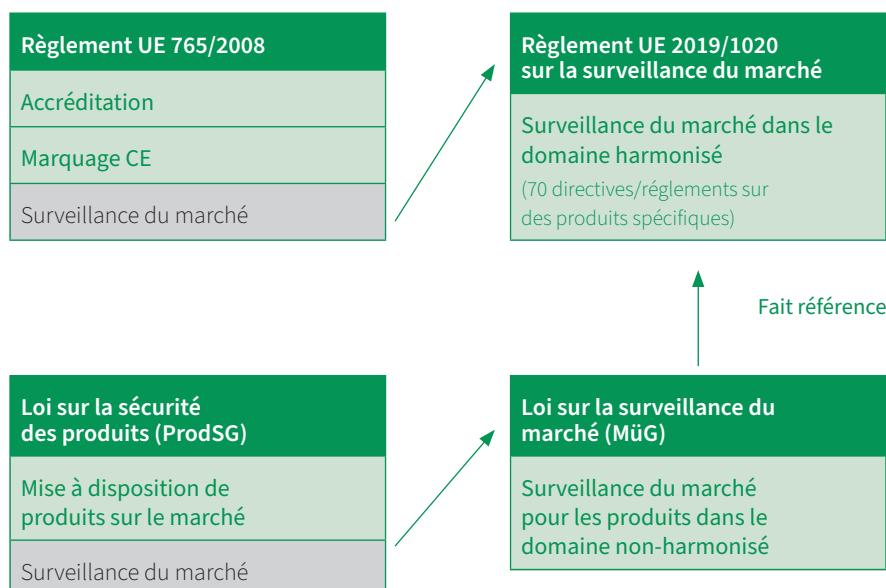
La nouvelle législation entrée en vigueur le 16 juillet 2021 crée un cadre juridique unique sur la surveillance du marché pour une multitude de produits.

Le Règlement (UE) 2019/1020 relatif à la surveillance du marché et à la conformité des produits¹ établit un cadre réglementaire unique pour les soixante-dix secteurs de produits harmonisés au niveau européen énumérés dans son Annexe I. Son champ d'application est vaste, comptant notamment aussi bien les ascenseurs que les machines, les véhicules à moteur, les produits de construction, les explosifs ou les jouets. Le Règlement (UE) 765/2008 qui, jusqu'à présent, était le texte de référence pour la surveillance du marché, ne contiendra plus désormais que les principes relatifs à l'accréditation et le marquage CE. Les dispositions relatives à la surveillance du marché ont été transférées dans le nouveau Règlement (UE) 2019/1020, et adaptées aux besoins du marché.

Des règles explicites pour le commerce en ligne

En réponse à la progression constante des ventes dans le commerce en ligne, le nouveau règlement contient, pour la première fois, des dispositions contraignantes pour la surveillance du marché dans ce secteur économique. Les autorités de surveillance du marché devront donc à l'avenir prendre en compte de la même manière les produits commercialisés aussi bien en ligne que hors ligne. Pour les autorités des différents Länder allemands, cela représente un nouveau défi, qui implique un affinement constant des stratégies et méthodes de surveillance, ainsi qu'un renforcement de la mise en réseau des autorités entre elles. Une première étape a déjà été franchie avec la mise en place d'un pôle de recherche commun pour la surveillance du commerce en ligne, et d'une manière identique de procéder pour les autorités de surveillance du marché dans les différents Länder.

Outre une amélioration des instruments pour la surveillance du marché, par exemple l'achat de produits sous une fausse identité, ce qui est nouveau est le fait que les prestataires de services d'exécution des commandes, comme par exemple les entreprises logistiques, qui proposent au moins deux des services suivants : entreposage, conditionnement, étiquetage ou expédition de produits, seront à l'avenir considérés comme opérateurs économiques. Une obligation légale ancrée dans le règlement prévoit en outre que, pour certains groupes de produits, notamment le matériel électrique, les machines, les ascenseurs, les EPI ou les équipements sous pression, au moins un mandataire doit être désigné comme opérateur économique dans le marché intérieur européen si aucun fabricant, importateur ou prestataire de service d'exécution des commandes n'est établi dans l'Union européenne. Les coordonnées des mandataires



doivent être communiquées dès la mise sur le marché – et donc la mise à disposition du produit sur le site web du vendeur. Ceci devrait permettre de résoudre les problèmes, tant de suivi que de mise en œuvre des mesures adéquates par les autorités de surveillance du marché, pour les produits commercialisés en ligne sur lesquels était indiqué uniquement le fabricant ou l'expéditeur d'un pays tiers.

Les autorités de surveillance du marché se verront aussi investies de droits plus vastes permettant de retirer des contenus des sites web ou des applications (interface en ligne), ou d'en limiter l'accès, s'il n'y a pas d'autres moyens disponibles pour éviter un préjudice sérieux.

Une réglementation nationale plus clairement structurée

En Allemagne, quand il s'agissait de faire respecter les exigences de sécurité relatives à la mise à disposition de produits sur le marché, la Loi sur la Sécurité des produits constituait jusqu'à présent le seul texte de référence pour la surveillance du marché et les mesures administratives qui en découlent. Pour les produits pour lesquels il existe une législation européenne harmonisée, c'est désormais le Règlement (UE) 2019/1020 qui constitue la législation applicable en matière de sécurité des produits. Les produits non-harmonisés tombent sous le coup de la loi allemande sur la surveillance du marché et sur la garantie de conformité des produits (Loi sur la Surveillance du marché – MüG²).

Au niveau national, la surveillance du marché est ainsi, pour la première fois, régie par une loi qui lui est spécifiquement dédiée et qui, en outre, assume une fonction faîtière. Cette loi s'efface dans les cas où des dispositions plus spécifiques en matière de surveillance du marché existent dans les réglementations sectorielles respectives relatives à la sécurité des produits. La loi sur la surveillance du marché fixe, à l'échelle fédérale, des règles pour la mise en œuvre de cette surveillance du marché, concernant aussi bien la délégation de pouvoirs aux autorités que les sanctions ou le remboursement de frais.

La loi allemande sur la surveillance du marché se réfère aux prérogatives et aux mesures contenues dans le Règlement (UE) 2019/1020, qui ne s'appliquent directement qu'au domaine harmonisé. Du fait qu'il y est fait référence, elles sont toutefois transposées dans le droit allemand également pour les produits qui relèvent uniquement de la directive 2001/95/CE relative à la sécurité générale des produits (le « domaine non harmonisé »). Appartiennent par exemple au domaine non harmonisé les outils manuels, les meubles de travail et tous les produits d'occasion. La loi contient en outre des règles spéciales en matière de compétence pour la surveillance du marché du commerce en ligne, en dérogation au principe général appliqué en Allemagne selon lequel l'autorité compétente était toujours celle de la région de surveillance dans laquelle résidait le fabricant ou l'importateur du produit incriminé. Ceci implique que les autorités de surveillance du marché travaillent à l'avenir davantage en réseau afin de s'adapter en permanence à un marché en constante évolution.

En tant que législation centrale, la loi sur la sécurité des produits continue de régir les conditions dans lesquelles des produits sont mis à disposition, exposés ou utilisés pour la première fois dans le cadre d'une activité commerciale. Cette loi reste le texte de référence pour la mise en œuvre des directives CE du Marché intérieur portant sur des produits spécifiques, ainsi que de la Directive 2001/95/CE sur la sécurité générale des produits. Afin d'éviter les réglementations concurrentes, les dispositions concernant la surveillance du marché ont été transférées dans la MüG. La loi sur la sécurité des produits ne contient plus que les dispositions relatives aux contrôles aléatoires et, entre autres, à la mise en œuvre des exigences supplémentaires pour la mise à disposition de produits de consommation sur le marché. Du fait que l'ancienne section 9 « Installations nécessitant une surveillance » a été transférée dans une loi qui lui est entièrement consacrée, la loi sur la sécurité des produits est redevenue un texte dédié uniquement à la mise à disposition de produits.

¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/?uri=CELEX:32019R1020>

² https://www.gesetze-im-internet.de/m_g_2021/ (en allemand)

La Confédération européenne des syndicats – la voix des travailleurs dans la normalisation

Basée à Bruxelles, la Confédération européenne des syndicats (CES) est l'organisation faîtière qui représente plus de 45 millions d'adhérents issus de quelque 90 confédérations syndicales nationales de 39 pays, et de 10 fédérations syndicales européennes. Dans cet entretien, Isabelle Schömann, secrétaire confédérale, évoque le rôle particulier que joue le CES dans la normalisation.



La CES est une organisation officiellement reconnue au titre de l'Annexe III du règlement de l'UE sur la normalisation européenne. Comment vous impliquez-vous, concrètement, dans le processus de normalisation ?

En vertu du Règlement 1025/2012 sur la normalisation, la Confédération européenne des syndicats participe directement au travail de nombreux organes et comités politiques et techniques des organismes européens de normalisation : le CEN, le CENELEC et l'ETSI. Ainsi, la CES n'est plus tributaire d'informations de seconde main provenant des organismes nationaux de normalisation qui sont membres du CEN et du CENELEC. Grâce aux informations de première main, la CES est en mesure d'identifier à un stade précoce les nouveaux projets de normalisation qui ont un impact direct sur les travailleurs. En participant directement au travail de normalisation, nous pouvons en outre participer à de nouvelles propositions de normes, comme par exemple la norme européenne pour les gants de coiffeur.

La CES participe en outre à plusieurs groupes de travail de la Commission européenne, notamment au « Comité des normes » ou à la « Plateforme pluripartite sur la normalisation des technologies de l'information et de la communication ». De plus, nous nous exprimons sur le contenu des demandes de normalisation adressées par la Commission européenne aux organismes européens de normalisation, lors de la consultation formelle des parties prenantes de la société civile qui a toujours lieu dans ce cas.

La CES représente les syndicats dans une multitude de domaines différents. Quels ont été les sujets saillants de ces derniers mois ?

La CES se concentre sur les sujets de normalisation qui ont un impact direct sur les travailleurs, et ce tant au niveau européen du CEN qu'au niveau international de l'ISO. L'éventail de sujets est effectivement très vaste. Nous travaillons sur des normes relatives à la sécurité des échelles, aux marchés publics, à la qualité de l'air dans les cabines d'avion, à la gestion du personnel, à la responsabilité sociétale ou aux risques psychosociaux, pour ne citer que quelques exemples.

Dans le cadre de la transition écologique et numérique, la CES consacre d'importantes ressources au thème de l'intelligence artificielle (IA), en particulier en liaison avec la normalisation, bon nombre de normes harmonisées sur l'IA étant en effet appelées à concrétiser le futur règlement européen sur l'IA. Étant donné que plusieurs de ces normes sur l'IA seront probablement transposées du niveau international de l'ISO au niveau européen, la CES s'implique auprès des organismes de normalisation, tant européens qu'internationaux.



Il n'est toutefois pas toujours facile d'identifier les activités de normalisation véritablement pertinentes. Le titre et le champ d'application d'une norme ne permettent pas toujours, à eux seuls, de reconnaître si le contenu réel de la norme aura ou non un impact direct sur les travailleurs.

L'UE considère de plus en plus la normalisation comme un instrument politique pour faire valoir ses intérêts dans le monde. Où se situent les défis pour votre travail à l'international ?

La normalisation est un écosystème constitué d'organismes nationaux, européens et internationaux qui travaillent ensemble, avec un rôle déterminant pour les organismes de normalisation nationaux, puisqu'ils ont le droit de vote au CEN et au CENELEC. Le Règlement (UE) 105/2012 relatif à la normalisation européenne ne s'applique toutefois pas au niveau international. Mais, en même temps, le principe de la primauté des normes internationales sur les normes européennes conduit de facto à ce que de nombreuses normes internationales soient transposées en normes européennes.

La CES souligne la nécessité d'aller au-delà de l'adoption pure et simple des normes internationales en Europe, en s'assurant particulièrement du plein respect de la législation de l'UE. La CES demande l'abandon de ce principe de la primauté des normes internationales, ainsi qu'une révision de l'Accord de Vienne, de manière à ce que soit vérifiée fiablement la légitimité des normes internationales et leur compatibilité avec la législation de l'UE avant qu'elles puissent être appliquées au niveau de l'UE et au niveau national. Si des normes élaborées au niveau international doivent trouver leur place dans le système européen, il faut qu'elles soient en conformité avec le règlement européen sur la normalisation. Ceci implique, entre autres, la possibilité de participation et collaboration active des syndicats et autres parties prenantes concernées.

Quel a été jusqu'à présent l'impact du travail de la CES, et quels sont vos objectifs pour l'avenir ?

Depuis 2015, la CES travaille sur deux tableaux : d'une part, nous avons bien positionné la voix des travailleurs dans la normalisation européenne, faisant d'elle une référence incontournable, et avons consolidé le rôle des syndicats dans le système. D'autre part, la CES a consacré davantage de ressources pour faire mieux connaître la normalisation aux syndicats. Nous voulons que les syndicats nationaux comprennent mieux les sujets de la normalisation qui les concernent, et se les approprient. Nous souhaitons aussi coordonner les contributions d'ordre technique sur les différentes normes, proposer des formations aux syndicats et les sensibiliser à l'importance de la normalisation.

Grâce à ces activités, les syndicats membres de la CES ont désormais une image plus claire du monde de la normalisation, et comprennent l'impact positif que les normes peuvent avoir, par exemple sur la sécurité et la santé au travail. En même temps, la CES appelle régulièrement à la vigilance, pour que les activités de normalisation n'empiètent pas sur les droits et domaines de réglementation des syndicats.

Un défi majeur pour la CES et ses affiliés est de développer une expertise au sein des syndicats, ceux-ci pouvant en effet, grâce à leurs vastes connaissances et compétences, apporter une contribution précieuse aux discussions techniques des comités de normalisation. Cela est particulièrement vrai pour les domaines nouveaux tels que les technologies de l'information et de la communication.

Merci pour cet entretien et bonne continuation pour le travail de la CES !

La sécurité des produits dans la proposition de règlement européen sur les produits de construction

Le 30 mars 2022, la Commission européenne a publié une proposition pour une version révisée du règlement sur les produits de construction. Outre les exigences fondamentales relatives aux ouvrages de construction, qui existaient déjà sous une forme similaire, l'Annexe I contient une nouveauté essentielle : un catalogue détaillé d'exigences qui concernent directement les produits de construction. Il s'agit notamment d'exigences relatives à la fonctionnalité des produits, à la protection de l'environnement, à l'économie circulaire et aux obligations d'information, ainsi que d'exigences sur la sécurité intrinsèque des produits, paramètre qui revêt une grande importance pour la SST.

Autre nouveauté : les exigences du règlement ne concernent pas seulement l'ouvrage fini dans lequel sont intégrés les produits de construction, mais visent aussi les salariés et les consommateurs appelés à utiliser ces produits. L'évaluation des exigences auxquelles doivent répondre les produits se base sur l'ensemble de leur cycle de vie.

La mise en œuvre de ces exigences relatives aux produits dans les mandats de normalisation européens et les normes harmonisées est soumise à des règles particulières : la Commission européenne doit d'abord élaborer des actes délégués qui définissent en détail les exigences de sécurité à mettre en œuvre pour une famille de produits. Les normes élaborées sur cette base sont d'application volontaire et déclenchent la présomption de conformité après leur publication au Journal officiel de l'Union européenne. Le règlement prévoit une déclaration de conformité distincte pour les exigences relatives aux produits.

La proposition de règlement sera examiné au cours des prochains mois au niveau national et européen par les différents cercles intéressés. Reste à voir dans quelle mesure les vastes exigences relatives à la sécurité des produits seront retenues lors de la procédure de concertation à venir. Une autre question est de savoir si l'étape intermédiaire de l'acte délégué, qui nécessite en outre l'approbation du Parlement européen, répond suffisamment aux exigences en matière de sécurité des produits.

Un nouveau contrat pour les HAS Consultants

Les Harmonized Standards Consultants (HAS Consultants) ont pour mission d'évaluer si les normes élaborées par le CEN, le CENELEC et l'ETSI répondent aux exigences définies par la Commission européenne dans ses mandats de normalisation. Depuis quelques années, la Commission charge une entreprise de gérer le budget alloué au travail des Consultants et de pourvoir leurs postes. Son contrat actuel est arrivé à échéance fin mars 2022.

Le nouveau contrat à conclure entre la Commission européenne et le nouveau prestataire de services doit être attribué mi-2022.

Il comprend un budget augmenté de 55 % pour le travail des Consultants et contient des dispositions modifiées pour les opérations que ceux-ci ont à effectuer. Cela concerne notamment les points suivants :

- Si le HAS Consultant émet un avis négatif sur une norme avant le vote formel, le Comité technique compétent auprès du CEN, du CENELEC ou de l'ETSI peut réagir à court terme, adapter la norme, et solliciter une nouvelle évaluation, soit avant, soit après le vote formel.
- Les HAS Consultants auront à l'avenir trois options différentes pour l'évaluation : une norme répond aux exigences du mandat de normalisation (compliant), elle n'y répond pas (lack of compliance), ou elle n'y répond qu'à certaines conditions (conditional compliance).
- Les HAS Consultants peuvent consacrer un peu plus de temps à la communication avec les organismes européens de normalisation (au moins 75 % de leur temps de travail pour l'évaluation des normes, et jusqu'à 25 % pour la communication et la participation à des réunions).

Enregistrement et présentation d'un webinar du CEN/CENELEC sur le nouveau système des HAS Consultants : <https://experts.cen.eu/trainings-materials/events/2022/2022-03-08-webinar-update-has-system>

Une nouvelle directrice adjointe à la KAN

Depuis le 1er mai 2022, Christiane Behr-Meenen assume la fonction de directrice adjointe du Secrétariat de la KAN. Ingénierie en technique médicale, elle a dirigé pendant plusieurs années le département Prévention de la Caisse d'assurance Accidents du Land de Brême, en suivant parallèlement le cursus universitaire « Management de la sécurité et de la santé au travail ». Elle prépare actuellement un doctorat sur le thème de l'exposition aux rayonnements dans la médecine interventionnelle. Avant de rejoindre la KAN, elle dirigeait l'Inspection du travail du Land de Brême.

Publications

Un manuel pratique sur l'intelligence artificielle dans le monde du travail

Ce manuel propose des checklists détaillées et des questions à examiner pour la conception de systèmes d'intelligence artificielle dans les entreprises et les administrations. Il fournit des facteurs de qualité, des exemples de conception et des bases juridiques. Il explique de manière facilement compréhensible les aspects techniques, éthiques et sociaux. Cet ouvrage s'adresse aux comités d'entreprise, aux responsables techniques et aux employés intéressés.

Lothar Schröder/Petra Höfers, Bund-Verlag, 2022, 452 pages, ISBN 978-3-7663-7264-2, 48 EUR (en allemand)

Termine / Events / Agenda



26.06.-01.07.22 » Online

Conference Human-Computer Interaction International 2022
KAN-Session 28.06: Legislative and normative framework for AI-enabled HCI – Implications and questions from an OSH perspective
<https://2022.hci.international>

06.07.22 » Online

Seminar
Hands-on-Training Künstliche Intelligenz (KI) bei Medizinprodukten
VDE
<https://meso.vde.com/de/kuenstliche-intelligenz-ki-medizinprodukte/>

27.-29.07.22 » Dresden

Seminar
Grundlagen der Normungsarbeit im Arbeitsschutz
IAG/KAN
https://asp.veda.net/webgate_dguv_prod Ø 700044

11.-14.08.22 » Offenbach/M.

Workshop
DKE Young Professionals Camp 2022
DIN/DKE
www.vde.com/de/veranstaltungen Ø Camp 2022

06.09.22 » Bremen

Kongress
Betrieblicher Arbeits- und Gesundheitsschutz
LAK Niedersachsen
www.lak-nds.net/index.html

07.09.22 » Berlin

Konferenz
International Bio-Agent Day 2022
BAuA
www.baua.de/DE/Angebote/Veranstaltungen/Termine/2022/09-07-Biostofftag.html

22.-23.09.22 » Chemnitz/Leipzig

GfA-Herbstkonferenz 2022
Quo vadis, Homo Sapiens Digitalis? – Der Mensch in der digitalisierten Arbeitswelt
Gesellschaft für Arbeitswissenschaft (GfA)
www.gesellschaft-fuer-arbeitswissenschaft.de/

25.-28.09.22 » Olhao (Portugal)

International Conference
11th International Conference on the Prevention of Accidents at Work 2021
WorkingOnSafety.net
<https://wos2021.net/>

28.09.22 » Online

Informationsveranstaltung
Kognitive Technologieassistenz: Einsatzpotenziale von Augmented Reality
BAuA
www.baua.de/DE/Angebote/Veranstaltungen/Termine/2022/09-28-Kognitive-Technologieassistenz.html

05.10.22 » Online

Workshop
Personal Protective Equipment (PPE) – Medical Devices (MD) dual use products
CEN/CENELEC
www.cencenelec.eu/news-and-events/events Ø Dual use

11.-13.10.22 » Köln

Konferenz
Maschinenbautage 2022 mit Maschinenrechtstag
MBT Ostermann GmbH
www.maschinenbautage.eu/konferenzen/konferenz-maschinenrichtlinie-2022

20.10.22 » Paris

EUROSHNET Conference
Artificial intelligence meets safety and health at work
EUROSHNET
www.euroshnet.eu/conference-2022

Bestellung / Ordering / Commande

www.kan.de » Publikationen » Bestellservice (kostenfrei)
www.kan.de/en » Publications » Order here (free of charge)
www.kan.de/fr » Publications » Bon de commande (gratuit)



Gefördert durch:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Herausgeber / publisher / éditeur

Verein zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa e.V. (VFA)
mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Redaktion / editorial team / rédaction

Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN), Geschäftsstelle
Sonja Miesner, Michael Robert
Tel. +49 2241 231 3450 · www.kan.de · info@kan.de

Verantwortlich / responsible / responsable

Angela Janowitz, Alte Heerstr. 111, D – 53757 Sankt Augustin

Übersetzung / translation / traduction

Odile Brogden, Marc Prior

Publikation

vierteljährlich / published quarterly / parution trimestrielle

ISSN: 2702-4024 (Print) · 2702-4032 (Online)